

REGIONALSTRATEGIE DEMOGRAFISCHER WANDEL

Strategiepapier
Stand: 2025



Inhaltsverzeichnis

1. Leitbild der Regionalstrategie Demografischer Wandel	2
1.1 Grundprinzipien.....	2
1.2 Vorgehensweise	3
1.3 Ziele der RDW	3
2. Aktuelle demografierrelevante Herausforderungen und Chancen	5
2.1 Demografische Veränderungen in der Metropolregion Rhein-Neckar	5
2.2 Aktuelle demografierrelevante Herausforderungen	6
2.3 Demografie im Kontext der UN-Nachhaltigkeitsziele	10
2.4 Demografierrelevante Aussagen in Regionalplanung und Regionalentwicklung	15
3. Beteiligung und Partizipation	20
3.1 Partizipation in der Metropolregion Rhein-Neckar – das Drei-Säulen-Modell	20
3.2 Der RDW-Beteiligungsprozess	21
3.3 Synthese der Ergebnisse: Fünf Handlungsfelder für die Regionalstrategie Demografischer Wandel	22
4. Hintergrund und strategische Ausrichtung	31
5. Fazit	33
6. Beispiele aus der Praxis	35
7. Literaturverzeichnis	39

1. Leitbild der Regionalstrategie Demografischer Wandel

Das Netzwerk Regionalstrategie Demografischer Wandel (RDW) der Metropolregion Rhein-Neckar ist der zentrale Ansprechpartner, Meinungsbildner und Impulsgeber für die nachhaltige Gestaltung des demografischen Wandels in der Region. Unser Ziel ist es, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar dabei zu unterstützen, die mit dem demografischen Wandel verbundenen vielfältigen Chancen und Herausforderungen durch Gestaltungs- und Anpassungsmaßnahmen aktiv zu bewältigen.

Das Netzwerk Regionalstrategie Demografischer Wandel wurde im Jahr 2012 gegründet, als der demografische Wandel in Deutschland zunehmend als zentrale Herausforderung identifiziert wurde. Das Netzwerk RDW wurde als Antwort auf diese Herausforderungen nach einer groß angelegten Demografie-Woche mit über 300 Veranstaltungen eingerichtet, um Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft in der Region bei der Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen zu unterstützen. Seit seiner Gründung hat sich das Netzwerk kontinuierlich weiterentwickelt. Das erste Strategiepapier wurde 2009 veröffentlicht und in den Jahren 2013 und 2017 fortgeschrieben. Diese Fortschreibungen spiegeln die dynamische Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen und neue Herausforderungen wider. Die vorliegende Strategie berücksichtigt die zunehmende Bedeutung von aktuellen Themen wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Bildung, Integration, Vielfalt, Partizipation und Beteiligung, Vernetzung und Synergien in der Region.

1.1 Grundprinzipien

1. Nachhaltigkeit und Integration: Wir streben eine nachhaltige, ökologisch tragfähige, sozial gerechte und ökonomisch effiziente Entwicklung der Metropolregion Rhein-Neckar an. Dabei integrieren wir die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in alle unsere Aktivitäten, um eine stabile und generationengerechte Zukunft zu gewährleisten.

2. Partizipation und Beteiligung: Wir fördern einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess, an dem sich Kommunen, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Bürger aktiv beteiligen können. Durch analoge und digitale Beteiligungsformate wie World-Cafés und Online-Plattformen ermöglichen wir eine breite Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse.

3. Vernetzung und Synergien: Wir nutzen Synergien in der Region und tragen durch die Vernetzung der Akteure dazu bei, dass Doppelstrukturen vermieden werden. Unsere Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Partnern stärkt die Wirkung unserer Maßnahmen.

4. Digitalisierung und Bildung: Den Themen Digitalisierung und Bildung messen wir besondere Bedeutung bei. Durch den Ausbau digitaler Infrastrukturen und die Förderung digitaler

Kompetenzen für alle Altersgruppen sichern wir den Zugang aller Bevölkerungsgruppen zu der digitalen Welt und zu lebenslangem Lernen.

5. Vielfalt und Integration: Wir berücksichtigen die zunehmende Vielfalt der Bevölkerung und fördern die Integration von Migranten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt. Interkulturelle Öffnung und Vielfalt sind zentrale Elemente unserer Strategie.

1.2 Vorgehensweise

Die Vorgehensweise des Netzwerks RDW basiert auf einem ganzheitlichen Ansatz, der verschiedene Ebenen und Akteure einbezieht:

1. **Austausch von Ideen und Handlungsempfehlungen:** Regelmäßige Gesprächsforen bieten Plattformen für den Austausch innovativer Ideen und die Entwicklung von Handlungsempfehlungen. Diese Foren ermöglichen es den Akteuren, sich über aktuelle Herausforderungen und Chancen auszutauschen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.
2. **Projektumsetzung:** Das Netzwerk initiiert und unterstützt Projekte, die spezifische Herausforderungen des demografischen Wandels adressieren. Diese Projekte reichen von der Förderung des lebenslangen Lernens bis hin zur Entwicklung altersgerechter Wohnformen.
3. **Öffentlichkeitsarbeit und Außendarstellung:** Die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Qualitäten der Region ist entscheidend, um die Attraktivität der Metropolregion Rhein-Neckar zu steigern und potenzielle Zuwanderer anzuziehen. Hierbei wird die Region als dynamischer Wirtschafts- und Lebensraum präsentiert, der Chancen für junge und qualifizierte Arbeitskräfte bietet.
4. **Vernetzung und Synergien:** Die Verknüpfung mit anderen Megatrends und Entwicklungen ist zentral, um Synergien zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Das Netzwerk arbeitet eng mit regionalen und überregionalen Partnern zusammen, um die Wirkung seiner Maßnahmen zu maximieren.
5. **Partizipation und Beteiligung:** Eine kontinuierliche Beteiligung der Bevölkerung und der regionalen Akteure ist für die erfolgreiche Umsetzung der Strategie entscheidend. Durch analoge und digitale Beteiligungsformate wird sichergestellt, dass alle Interessierten in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

1.3 Ziele der RDW

Ziel 1: Potentiale für nachhaltiges Wirtschaftswachstum erschließen:

In Übereinstimmung mit den Zielen der aktuellen Demografiepolitik der Bundesregierung besteht ein übergreifendes Ziel darin, auch regional das Wirtschaftswachstum zu verstetigen und die Potentiale, die für die Menschen und die Wirtschaft in der Region liegen, weiter zu stärken und stetig auszubauen. Dabei ist der Mensch für das Netzwerk der Ausgangspunkt für Handlungen und Aktionen. Darunter zählen beispielhaft die Sicherung der Fachkräftebasis

insbesondere für KMUs, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Themenkomplexe Bildung und Digitalisierung.

Ziel 2: Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen stärken:

Chancengleichheit ist eine Grundvoraussetzung für ein gutes Leben. Und gesunde Mitarbeitende sind eine Grundvoraussetzung für einen gesunden Betrieb, eine leistungsfähige, ressourcenschonende Verwaltung und damit für eine starke Region. Eine aktive, nachhaltige Gesundheitsförderung in der Region und von Arbeitgeberseite ist daher ein zentrales Element unserer Ziele. Damit einher geht eine moderne, an Lebensereignissen orientierte Personalpolitik und eine dichte Vernetzung der Akteure zum Erfahrungsaustausch. Integration ist dabei Chance und Risiko zugleich, daher ist es wichtig diese Aufgabe gesamtgesellschaftlich zu betrachten. Auch die Inklusion behinderter Menschen in das gesellschaftliche Leben sowie die Wertschätzung und Unterstützung professioneller wie auch privater Pflege tragen zur positiven Entwicklung der Region bei. Das alles unter den Megatrends Digitalisierung und Nachhaltigkeit, die ebenso wie der Demografische Wandel, auf alle Themen und Handlungen einwirken.

Ziel 3: Generationengerechtes Leben gestalten:

Ein gutes Miteinander der Generationen, den Bedürfnissen der Generationen durch vorausschauende Planung und Entwicklung gerecht werden, generationenübergreifende Teams und Angebote entwickeln, sind wichtige Faktoren für die regionale Gesamtgesellschaft. Zentrale Säulen sind dabei: Mobilität in jedem Alter, Naherholung, alters- und lebenslagen-spezifische Dienstleistungen, ehrenamtliches Engagement, Grundversorgung und Daseinsversorgung, bedarfsgerechte Wohnraumversorgung auch in den ländlichen Teilen unserer Region. Die Regionalplanung ergänzt diese Ansätze durch gezielte Maßnahmen zur Siedlungsentwicklung, die den quantitativen Bedarf an Wohnbauflächen ermitteln und sicherstellen, dass aktuell vorhandene Flächenreserven zur Deckung des ermittelten Bedarfs zur Verfügung stehen. Zudem wird ein strategisches Flächenmanagement gefördert, das den regionalen Siedlungsflächenbedarf anhand quantitativer Erhebungen und Erfassungsmethoden bewertet. Darüber hinaus legt die Regionalplanung Wert auf die Sicherung gleichwertiger Mobilitätsbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen und die Weiterentwicklung der Naherholungsangebote, um eine hohe Lebensqualität für alle Generationen zu gewährleisten.

Unser Ziel ist es, durch diese Maßnahmen die Region als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu erhalten und weiterzuentwickeln, der für Menschen aller Bevölkerungsgruppen und in jeder Lebensphase ein lebenswertes Wohn- und Arbeitsumfeld bietet.

2. Aktuelle demografierrelevante Herausforderungen und Chancen

Das Netzwerk „Regionalstrategie Demografischer Wandel“ verfolgt das Ziel, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar darin zu unterstützen, die mit dem demografischen Wandel verbundenen vielfältigen Chancen und Herausforderungen durch Gestaltungs- bzw. Anpassungsmaßnahmen aufzugreifen und aktiv zu bewältigen.

Konkret geht es um

- den Austausch von innovativen Ideen und Handlungsempfehlungen in Gesprächsforen,
- die Realisierung von Projekten,
- die öffentlichkeitswirksame Außendarstellung der Qualitäten der Region, die zur Gestaltung des demografischen Wandels beitragen und
- die Vernetzung des Themenfeldes mit anderen Megatrends bzw. auch um die Sichtbarkeit des Themas in Kombination mit anderen Megatrends und Entwicklungen.

In der Folge wird auf das hier vorliegende Strategiepapier verwiesen, in welchem die strategische Vorgehensweise des Netzwerks zur Erreichung seiner Ziele dargestellt ist.

Das vorliegende Strategiepapier ist die Fortschreibung des 2009 entwickelten, 2013 und 2017 fortgeschriebenen Strategiepapiers. In dieser Zeit konnte das Netzwerk maßgeblichen Nutzen zur Bewältigung und Gestaltung des Demografischen Wandels in der Region stiften.

2.1 Demografische Veränderungen in der Metropolregion Rhein-Neckar

Die Metropolregion Rhein-Neckar ist ein dynamischer Wirtschafts- und Lebensraum in Deutschland, der sich durch eine vielfältige Bevölkerungsstruktur auszeichnet. Im Gegensatz zu vielen anderen Regionen in Deutschland, die mit starkem Bevölkerungsrückgang konfrontiert sind, zeigt die Metropolregion Rhein-Neckar auch Kommunen und Gebiete mit Bevölkerungswachstum.

BBSR-Bevölkerungsprognose 2045

Die Bevölkerungsprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bietet Einblicke in die zukünftigen demografischen Trends bis 2045 in Deutschland. Diese Prognose basiert auf verschiedenen Faktoren wie Geburtenraten, Sterberaten und Migration. „Nach den Ergebnissen der Prognose bleibt die Bevölkerungszahl in Deutschland bis zum Jahr 2045 stabil bei 83,1 Millionen Menschen. Im Vergleich zum Jahr 2022 würden bis zum Jahr 2029 damit rund 0,5 Millionen Einwohner mehr in Deutschland leben. Danach setzt ein leichter Rückgang der Bevölkerungszahl ein, die 2045 das Ausgangsniveau erreicht.

Hinter der Entwicklung auf nationaler Ebene verbergen sich jedoch große regionale Unterschiede. Während insbesondere wirtschaftsstarke Großstädte und ihr Umland sowie einige ländliche Regionen weiterwachsen, verringert sich die Bevölkerungszahl in strukturschwachen Gegenden abseits der Metropolen weiter.“¹

¹ Pressemitteilung des BBSR: BBSR legt aktualisierte Bevölkerungsprognose 2045 vor. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/topmeldungen/bevoelkerungsprognose-2045.html> [zuletzt abgerufen am 14.03.2025].

In der Metropolregion Rhein-Neckar erwarten wir folgende Entwicklungen:

- **Bevölkerungsentwicklung:** Die Region wird voraussichtlich eine moderate Bevölkerungszunahme oder Stabilität erleben, abhängig von den spezifischen Teilräumen. Dies steht im Gegensatz zu vielen anderen Regionen in Deutschland, die mit Schrumpfung und Abwanderung konfrontiert sind.
- **Altersstruktur:** Die Alterung der Bevölkerung wird auch in der Metropolregion Rhein-Neckar fortschreiten. Der Anteil älterer Menschen wird zunehmen, was Herausforderungen für die Infrastruktur und Mehrbedarf für soziale Dienste mit sich bringt.
- **Teilräumliche Unterschiede:** Innerhalb der Region gibt es erhebliche Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung. Städte und wirtschaftlich starke Gebiete könnten weiterhin Wachstum verzeichnen, während ländlichere Gebiete möglicherweise mit Rückgang konfrontiert sind.

2.2 Aktuelle demografierelevante Herausforderungen

Die deutsche Gesellschaft altert rapide: Die rapide Alterung der deutschen Gesellschaft führt zu einem strukturellen Ungleichgewicht zwischen schrumpfenden jüngeren und wachsenden älteren Bevölkerungsgruppen.

Erhöhte Lebenserwartung: Die Lebenserwartung steigt, was zu einem größeren Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung führt.

Geburtenrate auf niedrigem Niveau: Die Geburtenrate bleibt weiterhin niedrig, was bedeutet, dass weniger junge Menschen nachkommen.²

Herausforderungen wie Fachkräftemangel, Belastungen der Sozialsysteme und regionale Disparitäten verstärken sich:

1. Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel

- **Fachkräftemangel:** Aufgrund der Alterung der Bevölkerung und der niedrigen Geburtenrate gibt es weniger junge Arbeitskräfte. Dies führt zu einem Fachkräftemangel in vielen Branchen. Besonders betroffen sind Branchen wie Pflege, Vertrieb, Bau, IT sowie Lehre und Erziehung.
- **Erwerbstätigenquote:** Die Zahl der Erwerbstätigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sinkt, was die Finanzierung der Sozialversicherungen erschwert.

2. Sozialsysteme und Renten

- **Finanzierung der Renten:** Mit einer wachsenden Zahl von Rentner:innen und einer sinkenden Zahl von Beitragszahler:innen geraten die Rentensysteme unter Druck.
- **Pflegesystem:** Der Bedarf an Pflegeleistungen steigt, was die Ressourcen und Kapazitäten der Pflegeeinrichtungen belastet.

² Webseite Destatis. Thema: Geburten in Deutschland.

https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/_inhalt.html [zuletzt abgerufen am 14.03.2025].

3. Gesundheitswesen

- **Gesundheitsversorgung:** Eine alternde Bevölkerung benötigt mehr medizinische und pflegerische Dienstleistungen, was das Gesundheitssystem und die Zivilgesellschaft vor Herausforderungen stellt.
- **Kostensteigerung:** Die Kosten im Gesundheitswesen steigen aufgrund des höheren Bedarfs an medizinischen und pflegerischen Leistungen. Die gesetzliche Krankenversicherung steht vor massiven Kostensteigerungen, die sich auf die Beitragszahlenden auswirken.

4. Städtische und ländliche Entwicklung in Deutschland

- **Urbanisierung:** Viele junge Menschen ziehen in die Städte, was zu einer Entvölkerung ländlicher Gebiete führt. Für die Metropolregion ist dies nicht überall zutreffend. Im Durchschnitt stagniert die Bevölkerungsentwicklung in der Region Rhein-Neckar.
- **Infrastruktur:** Die Infrastruktur in ländlichen Regionen kann oft nicht aufrechterhalten werden, was zu einem weiteren Rückgang der Lebensqualität in diesen Gebieten führt. In der Metropolregion führen Ärztemangel, Rückgang lokaler Geschäfte, etc. vor allem im ländlichen Raum zu infrastrukturellen Problemen.
- **Siedlungsstruktur ländlicher Raum:** Im Zuge der Alterung werden auch die Haushalte kleiner. Bei Verbleib der Menschen in Ihren Wohnhäusern (Remanenzeffekt) steigt die Wohnrauminanspruchnahme pro Kopf und die Siedlungsdichte sinkt. Durch die Unterbelegung des Bestands entsteht ein weiterer Wohnraumbedarf für Familien, Zuziehende etc., was zur weiteren flächenintensiven Ausdehnung des Siedlungskörpers führt. Gleichzeitig fehlen voraussichtlich bedarfsangepasste Wohnraumangebote für ältere Menschen an ihren bisherigen Wohnstandorten. Dies hat wiederum Auswirkungen auf Wegebeziehungen, Distanzen zu Versorgungsinfrastruktur und macht ein Umdenken in der Siedlungsplanung und bei der Ausweisung von Baugebieten notwendig.
- **Bedarf an Fachkräften:** Der Zuzug an Fachkräften findet überwiegend in städtische Gebiete statt und erzeugt wiederum einen weiteren Wohnraumbedarf

5. Bildung und Qualifizierung

- **Bildungssystem:** Es besteht die Notwendigkeit, das Bildungssystem anzupassen, um den Anforderungen einer alternden Gesellschaft gerecht zu werden und dem veränderten Bedarf hinsichtlich Einrichtungen, Personal und Finanzen gerecht zu werden.
- **Lebenslanges Lernen:** Die Förderung des lebenslangen Lernens wird wichtiger, um die Qualifikationen der älteren Arbeitskräfte zu erhalten und anzupassen.
- **Qualifizierung:** Das Bildungssystem muss sich an die veränderte Altersstruktur anpassen, insbesondere im Bereich der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens. Bildungseinrichtungen und Unternehmen müssen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die angebotenen Programme den aktuellen und zukünftigen Anforderungen entsprechen. Beratungsangebote helfen, geeignete Bildungs- und Qualifizierungswege zu finden. Dies ist besonders wichtig für ältere Arbeitnehmer, die möglicherweise unsicher sind, wie sie ihre Fähigkeiten anpassen können.
- **Sensibilisierung für Bildung:** Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen können dazu beitragen, das Bewusstsein für die Bedeutung von Weiterbildung und Qualifizierung zu schärfen und eine positive Einstellung zum lebenslangen Lernen zu fördern.

6. Integration und Migration

- **Einwanderung:** Einwanderung kann helfen, dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, stellt aber auch Anforderungen an die Integration von Migranten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt sowie den Wohnungsmarkt.
- **Kulturelle Vielfalt:** Die Integration und das Zusammenleben in einer kulturell vielfältigeren Gesellschaft erfordern neue Ansätze und Strategien. Integration wird zu einer zentralen Aufgabe, die eine interkulturelle Öffnung aller relevanten Institutionen erfordert.

7. Wohnen und Infrastruktur

- **Angepasste Wohnformen:** Es wird mehr alters- und familiengerechter Wohnraum benötigt, um den Bedürfnissen einer älteren Bevölkerung gerecht zu werden.
- **Öffentlicher Nahverkehr:** Ein gut ausgebauter und barrierefreier öffentlicher Nahverkehr ist entscheidend, um die Mobilität mobilitätseingeschränkter Menschen sicherzustellen.
- **Nachbarschaften mit kurzen Wegen:** Herausforderung: Schaffung und Erhalt kompakt gebauter, funktionsgemischter Nachbarschaften in zentraler Lage, die kurze Wege und selbstbestimmte, aktive Mobilität für ältere Menschen ebenso wie für alle anderen ermöglichen.

8. Generationenvertrag und gesellschaftlicher Zusammenhalt

- **Generationenvertrag:** Die Solidarität zwischen den Generationen wird zunehmend belastet, da immer weniger junge Menschen für immer mehr ältere Menschen sorgen müssen.
- **Gesellschaftlicher Zusammenhalt:** Der gesellschaftliche Zusammenhalt muss gestärkt werden, um soziale Spannungen zu vermeiden und ein harmonisches Miteinander zu gewährleisten. Die zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt bietet Entwicklungspotenziale, die genutzt werden müssen.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind generationenübergreifende Politikansätze und wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Maßnahmen entscheidend, um Teilhabe und Stabilität dauerhaft zu sichern³

Als Chancen für die Gestaltung des demografischen Wandels gelten beispielhaft:

1. Gesundheit und Pflege

- **Produkte/Dienstleistungen:** Steigende Nachfrage nach altersgerechten Gesundheitslösungen und Betreuungsangeboten durch alternde Bevölkerung.
- **Digitalisierung:** KI-gestützte Pflgetools und Telemedizin entlasten Fachkräfte und verbessern Versorgungsqualität.
- **Zukunft der Pflege:** Digital gestützte Pflegekonzepte entlasten Personal und ermöglichen mehr Menschlichkeit.
- **Künstliche Intelligenz:** KI-Systeme optimieren Arbeitsabläufe in Medizin und Pflege.

³ Die Demografiestrategie der Bundesregierung „Jedes Alter zählt – Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“.

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2015/demografiestrategie-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [zuletzt bgerufen am 14.03.2025]

2. Wirtschaft und Innovation

- Arbeit 4.0: Digitale Transformation kompensiert Fachkräftemangel; generationenübergreifende Zusammenarbeit ergänzt Erfahrungswissen und Digitalkompetenz.
- Gründungsquote: Förderung von Start-ups in Gesundheits- und Sozialtechnologien als Antwort auf demografische Bedarfe.
- Digitalisierung: Effizienzsteigerung in Pflege, Diagnostik und administrativen Prozessen durch KI & Vernetzung.

3. Bildung und Kompetenzentwicklung

- Bildung & Digitalkompetenz: Lebenslanges Lernen und Anpassung von Ausbildungsinhalten an digitale Pflege- und Gesundheitsberufe.
- Bürgerschaftliches Engagement: Nachbarschaftsnetzwerke und digitale Plattformen stärken Teilhabe Älterer.

4. Soziale und räumliche Entwicklung

- Social Economy: Sozialwirtschaftliche Modelle fördern generationenübergreifende Solidarität, z.B. in Mehrgenerationenwohnen.
- Polyzentrische Regionen: Stärkung ländlicher Räume durch digitale Infrastruktur und dezentrale Dienstleistungen.
- Neue Wohnkonzepte: Flexible Wohnformen (z.B. Co-Living für Jung und Alt) beantworten demografiebedingte Wohnbedarfe.

5. Nachhaltigkeit und Ernährung

- Nachhaltigkeit: Generationengerechtigkeit durch Ressourcenschonung und klimaneutrale Infrastruktur für zukünftige Kohorten.
- Regionale Ernährung: Stärkung lokaler Lebensmittelproduktion zur Sicherung altersgerechter Ernährung durch Bildungsinitiativen.

6. Migration und Integration

- Migration & Integration: Zuwanderung gleicht schrumpfende Erwerbsbevölkerung aus und sichert Fachkräfte.

Als Risikofaktoren werden beispielhaft gesehen:

1. Demografische Herausforderungen

- Überalterung und Bevölkerungsrückgang: Weniger junge Menschen und eine wachsende ältere Bevölkerung belasten die sozialen Sicherungssysteme und reduzieren die Erwerbsbevölkerung.
- Regionale Disparitäten: Schrumpfende Bevölkerung in ländlichen Gebieten führt zu infrastrukturellen Defiziten und Ungleichheiten zwischen Stadt und Land.

2. Arbeitsmarkt und Fachkräfte

- Fachkräftemangel: Die Alterung der Erwerbsbevölkerung sowie Abwanderung von Young Professionals verschärfen den Mangel in Schlüsselbranchen.
- Bildungsdefizite: Fehlende Schlüsselkompetenzen im digitalen Zeitalter behindern die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte an neue Technologien.

3. Migration und Integration

- Integration: Schwierigkeiten bei der Eingliederung von Migranten, z.B. durch unzureichende Sprachkurse oder Anerkennung von Qualifikationen, führen zu sozialen Spannungen und ungenutztem Potenzial.

4. Soziale Risiken

- Vereinsamung: Sowohl junge als auch ältere Menschen sind zunehmend von sozialer Isolation betroffen, was psychische Belastungen verstärkt.
- Altersarmut: Steigende Lebenshaltungskosten und unzureichende Renten gefährden die finanzielle Sicherheit älterer Menschen.
- Betreuungs-/Pflegetotstand: Der wachsende Bedarf an Pflegekräften übersteigt das Angebot, wodurch die Versorgung gefährdet wird.

5. Infrastruktur und Versorgung

- Grund- und Nahversorgung: Rückgang von Dienstleistungen in ländlichen Regionen beeinträchtigt die Lebensqualität und den Zugang zu wichtigen Ressourcen wie medizinischer Versorgung.

6. Umwelt und Klimawandel

- Klimawandel: Extremwetterereignisse wie Hitzewellen oder Dürren belasten vulnerable Gruppen, insbesondere ältere Menschen, und gefährden die Landwirtschaft.

7. Technologie und KI

- Künstliche Intelligenz: Risiken wie Intransparenz, Automatisierung von Arbeitsplätzen oder Desinformationskampagnen können soziale Ungleichheiten verschärfen.

8. Globale und wirtschaftliche Unsicherheiten

- Veränderung der weltpolitischen Lage: Internationale Konflikte oder geopolitische Verschiebungen beeinflussen Migration, Handel und wirtschaftliche Stabilität.
- Wirtschaftskrisen: Finanzielle Instabilität belastet soziale Sicherungssysteme und verstärkt regionale Disparitäten.

2.3 Demografie im Kontext der UN-Nachhaltigkeitsziele

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) ist ein globaler Aktionsplan, der auf lokaler Ebene umgesetzt werden muss. Diese Ziele umfassen verschiedene Bereiche wie Armutsbekämpfung, Gesundheit, Bildung, Geschlechtergleichheit, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz.

Der demografische Wandel spielt eine wichtige Rolle bei der Erreichung der SDGs. Er beeinflusst Aspekte wie Altersarmut, Gesundheitsversorgung für ältere Menschen, lebenslanges Lernen, Gleichberechtigung in der Pflege, Fachkräftemangel und die Gestaltung nachhaltiger Städte. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert koordinierte Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen.

Die SDGs bieten der Metropolregion einen strategischen Rahmen, um demografische Chancen (z. B. Digitalisierung, generationenübergreifende Zusammenarbeit) und Risiken (z. B. Fachkräftemangel, Altersarmut) mit globalen Nachhaltigkeitszielen zu verknüpfen – dies stärkt

sozialen Zusammenhalt, ökologische Resilienz und wirtschaftliche Stabilität durch integrierte Lösungsansätze.

Die Metropolregion Rhein-Neckar hat sich der Umsetzung der SDGs verschrieben und sieht sich als Impulsgeber für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit. Sie integriert die globalen Nachhaltigkeitsziele sowohl in die Regionalplanung als auch in die Regionalentwicklung.

Konkrete Maßnahmen:

- Freiwilliger Nachhaltigkeitsbericht: Der 2024 erschienene "Voluntary Local Review der Metropolregion Rhein-Neckar" zeigt den aktuellen Stand der nachhaltigen Entwicklung in der Region auf und skizziert Handlungsfelder für die Zukunft.
- Zusammenarbeit mit der OECD: Von 2020 bis 2023 unterstützte die OECD die Metropolregion im Projekt "A territorial approach to the SDGs". Weiterhin wirkt der VRRN im Lenkungskreis des internationalen Projektes mit.
- Strategiepapier: Die Region aktualisiert ihre Strategie für den demografischen Wandel unter Berücksichtigung der SDGs, insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt und aktueller Entwicklungen

Durch diese Initiativen strebt die Metropolregion Rhein-Neckar an, die globalen Nachhaltigkeitsziele auf regionaler Ebene umzusetzen und somit einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

1. SDG 1: Keine Armut

Altersarmut: Mit der Alterung der Bevölkerung besteht das Risiko einer zunehmenden Altersarmut, insbesondere wenn die Rentensysteme nicht ausreichend finanzierbar sind. Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut sind daher zentral.

- **Unterziel 1.3:** Implementierung von Sozialschutzsystemen und Maßnahmen für alle, einschließlich eines Mindestmaßes an Sozialschutz, und bis 2030 eine umfassende Sozialschutzabdeckung für alle Menschen, die sie benötigen, zu erreichen.

2. SDG 3: Gesundheit und Wohlergehen

Gesundheitsversorgung für ältere Menschen: Eine alternde Bevölkerung benötigt mehr medizinische und pflegerische Dienstleistungen. Verbesserungen im Gesundheitswesen und in Pflegeeinrichtungen sind notwendig, um eine angemessene Versorgung zu gewährleisten. Parallel muss die Förderung eines gesunden Lebensstils, von Früherkennungs- und präventiver Gesundheitsmaßnahmen, um die Lebensqualität im Alter zu erhöhen, durch entsprechende Infrastrukturen ermöglicht werden.

- **Unterziel 3.4:** Die vorzeitige Sterblichkeit durch nichtübertragbare Krankheiten durch Prävention und Behandlung bis 2030 um ein Drittel senken und die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden fördern.
- **Unterziel 3.8:** Zugang zu hochwertigen Gesundheitsdiensten für alle inkl. dezentraler, ambulanter Strukturen und Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und erschwinglichen essenziellen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen.

3. SDG 4: Hochwertige Bildung

Lebenslanges Lernen: Die Alterung der Bevölkerung und der Fachkräftemangel erfordern eine stärkere Fokussierung auf lebenslanges Lernen und die Anpassung der Bildungsangebote für ältere Menschen.

Qualifikationsentwicklung: Förderung der Fort- und Weiterbildung sowie Umschulung, um die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitskräfte zu erhalten und deren Lebensqualität nach der Verrentung zu verbessern.

Die zunehmende Heterogenität in deutschen Klassenzimmern, insbesondere durch einen hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, stellt das Bildungssystem vor neue Herausforderungen. Um den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen gerecht zu werden, ist eine systematische und praxisnahe Qualifizierung aller Lehrkräfte notwendig. Multiprofessionelle Teams und eine enge Zusammenarbeit im Kollegium sind entscheidend, um ein lernförderliches Klima für eine vielfältige Schülerschaft zu schaffen. Die Digitalisierung bietet große Chancen, um Bildung individueller, flexibler und chancengerechter zu gestalten. Digitale Lernmittel und moderne Infrastruktur ermöglichen es, Unterricht lebensnäher zu gestalten und auf unterschiedliche Lernbedürfnisse einzugehen. Gleichzeitig ist die Qualifizierung der Lehrkräfte für den digitalen Unterricht zentral, damit digitale Tools sinnvoll eingesetzt werden können. Des Weiteren sind die Bildungschancen in Deutschland weiterhin stark von der sozialen Herkunft abhängig. Kinder aus Akademikerhaushalten haben deutlich bessere Chancen, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen und ein Studium aufzunehmen.

- **Unterziel 4.3:** Bis 2030 gleichberechtigten Zugang aller Frauen und Männer zu bezahlbarer und hochwertiger technischer, beruflicher und tertiärer Bildung, einschließlich universitärer Bildung, sicherstellen.
- **Unterziel 4.4:** Bis 2030 die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen mit relevanten Kompetenzen, einschließlich technischer und beruflicher Fähigkeiten, für Beschäftigung, menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum erheblich erhöhen.

4. SDG 5: Geschlechtergleichheit

Gleichberechtigung in der Pflege: Frauen sind oft stärker in die Pflege von Angehörigen und Care-Arbeit im Allgemeinen eingebunden. Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger sind wichtig, um Geschlechtergleichheit zu fördern. Darüber hinaus ist es zentral, Frauen – auch im Alter – im Arbeitsmarkt zu stärken und gezielt in Führungspositionen zu bringen, um bestehende Ungleichheiten abzubauen. Die Übernahme von Care-Arbeit und häufige Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit führen dazu, dass Altersarmut bei Frauen deutlich stärker ausgeprägt ist als bei Männern. Um die Ziele von SDG 5 zu erreichen, müssen daher nicht nur die Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessert, sondern auch die Selbstbestimmung von Frauen im Alter gestärkt werden. Dies umfasst den Zugang zu eigenständiger sozialer Absicherung, die Förderung von Weiterbildung und die Schaffung von Strukturen, die Frauen eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben bis ins hohe Alter ermöglichen. Gleichzeitig sollten auch pflegende Männer stärker in den Blick genommen und unterstützt werden, um traditionelle Rollenmuster aufzubrechen und eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern zu fördern. Gender Pay Gap bleibt in diesem Kontext eine zentrale Herausforderung, da strukturelle Benachteiligungen wie Teilzeitbeschäftigung, Branchensegregation und unterbrochene Erwerbsbiografien durch Care-Verpflichtungen weiterhin zu Einkommensnachteilen für Frauen führen.

- **Unterziel 5.4:** Anerkennung und Wertschätzung unbezahlter Pflege- und Hausarbeit durch die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, Infrastruktur und Sozialschutzmaßnahmen sowie die Förderung der geteilten Verantwortung im Haushalt und in der Familie entsprechend den nationalen Gegebenheiten. Die Förderung ehrenamtlicher Strukturen in der Pflege kann eine sinnvolle Ergänzung zu staatlichen Maßnahmen sein, darf jedoch nicht als Ersatz für professionelle Versorgung oder öffentliche Verantwortung dienen. Wichtig ist, dass Ehrenamtliche gut eingebunden und qualifiziert werden, um die Qualität der Unterstützung sicherzustellen. Ehrenamtliche Angebote sollten vor allem entlastende und begleitende Aufgaben übernehmen, während medizinisch-pflegerische Tätigkeiten Fachkräften vorbehalten bleiben. So kann Ehrenamt Care-Arbeit ergänzen, ohne die Gleichstellung und Wertschätzung unbezahlter und bezahlter Pflegearbeit zu gefährden.

5. SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Fachkräftemangel und Arbeitsmarkt: Der demografische Wandel führt zu einem Fachkräftemangel, was nachhaltiges Wirtschaftswachstum gefährden kann. Förderung der Arbeitsmarktintegration älterer und junger Menschen sowie von Migranten ist notwendig. Arbeitsbedingungen: Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle, um die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu unterstützen und Wissenstransfer gewährleisten.

- **Unterziel 8.5:** Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit erreichen.
- **Unterziel 8.6:** Bis 2030 den Anteil der Jugendlichen, die weder einer Beschäftigung noch einer schulischen oder beruflichen Ausbildung nachgehen, erheblich verringern.
- **Unterziel 8.8:** Schutz der Arbeitsrechte und Förderung sicherer und geschützter Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer, einschließlich Wanderarbeitnehmer, insbesondere weiblicher Migranten, und derjenigen in prekären Beschäftigungen.

6. SDG 10: Weniger Ungleichheiten

Soziale Inklusion: Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheiten und zur sozialen Inklusion älterer Menschen sind entscheidend, um eine gerechte Gesellschaft zu gewährleisten. Dabei sind auch die zunehmenden prekären Lebensverhältnisse einiger Bevölkerungsteile, z.B. Pflege als Armutsrisiko, zu berücksichtigen.

Integration von Migranten: Förderung der Integration von Migranten zur Stabilisierung der demografischen Entwicklung und zur Unterstützung des Arbeitsmarktes.

- **Unterziel 10.2:** Bis 2030 die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen fördern, unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder anderem Status.
- **Unterziel 10.4:** Annahme von Politiken, insbesondere fiskalischen, lohn- und sozialschutzbezogenen Politiken, und schrittweise Erreichung einer größeren Gleichheit.

7. SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden

SDG 11 zielt auf inklusive, sichere und widerstandsfähige Kommunen ab – ein zentrales Handlungsfeld für den Umgang mit dem demografischen Wandel in Deutschland. Dies ist mit Blick auf die eher leicht schrumpfenden ländlichen Regionen und eher wachsenden urbanen Ballungsräumen auch für die Metropolregion Rhein-Neckar wichtig.

Altersgerechter Wohnraum: Anpassung von Wohnraum, Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum und öffentlicher Infrastruktur, um den Bedürfnissen einer alternden und diverseren Bevölkerung gerecht zu werden (bspw. entsprechendes Quartiersmanagement, 15-Minuten-Stadt).

Barrierefreier öffentlicher Nahverkehr: Entwicklung eines barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs, um die Mobilität und Lebensqualität von Menschen in allen Lebensphasen (s. Unterziel 11.2) Menschen zu verbessern.

- Unterziel 11.1: Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum
- Unterziel 11.1c: Ziel: Keine Verringerung der Siedlungsdichte. Herausforderung durch den DW: Im Zuge der Alterung werden auch die Haushalte kleiner. Bei Verbleib der Menschen in Ihren Wohnhäusern (Remanenzeffekt) steigt die Wohnrauminanspruchnahme pro Kopf und die Siedlungsdichte sinkt.
- **Unterziel 11.2:** Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle verbessern, insbesondere durch die Ausweitung des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen.
- **Unterziel 11.7:** Bis 2030 universellen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen, grünen und öffentlichen Räumen bieten, insbesondere für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.

8. SDG 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Internationale Zusammenarbeit: Austausch von Wissen und bewährten Praktiken auf internationaler Ebene, um den demografischen Wandel und seine Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.

- **Unterziel 17.16:** Stärkung der globalen Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung, ergänzt durch Partnerschaften zwischen mehreren Interessengruppen, die Wissen, Fachkenntnisse, Technologie und finanzielle Ressourcen mobilisieren und teilen, um die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern, insbesondere in Entwicklungsländern, zu unterstützen.
- **Unterziel 17.17:** Förderung und Förderung wirksamer öffentlich-privater Partnerschaften und Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, basierend auf der Erfahrung und den Finanzierungsstrategien der Partnerschaften.

Politische Maßnahmen: Koordination von politischen Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene, um die demografischen Herausforderungen effektiv anzugehen.

Diese Verknüpfungen zeigen, dass der demografische Wandel in Deutschland nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern eine integrale Rolle bei der Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele spielt. Effiziente Strategien und Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels sind integraler Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der SDGs auf lokaler und regionaler Ebene.

2.4 Demografierelevante Aussagen in Regionalplanung und Regionalentwicklung

Die Metropolregion Rhein-Neckar zeigt, wie demografischer Wandel durch vernetzte Governance, datenbasierte Raumplanung und Bürgerpartizipation gestaltet werden kann. Schwerpunkte sind die Balance zwischen urbanem Wachstum und ländlicher Resilienz sowie die Nutzung von Migration als Chance zur Fachkräftesicherung.

Regionalplanung ist dabei die gesetzlich verankerte, räumliche Steuerungsebene, während Regionalentwicklung flexible, projektorientierte Strategien und Maßnahmen zur Zukunftssicherung umfasst. Beide ergänzen sich, um regionale Disparitäten auszugleichen und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

2.4.1. Gestaltung des demografischen Wandels durch die Regionalplanung

Die Metropolregion Rhein-Neckar verfolgt die übergeordnete Zielsetzung, die Region als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei soll sich die räumliche Gesamtentwicklung am Prinzip der Nachhaltigkeit ausrichten. Das bedeutet, es wird eine nachhaltige, insbesondere ökologisch tragfähige, sozial gerechte und ökonomisch effiziente Entwicklung der Metropolregion Rhein-Neckar angestrebt, die für Menschen aller Bevölkerungsgruppen und in jeder Lebensphase ein lebenswertes Wohn- und Arbeitsumfeld gewährleistet, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schont.

Im Rahmen der Regionalplanung geht es mit Blick auf den demografischen Wandel darum, neben den Anforderungen, die sich aus der quantitativen Bevölkerungsentwicklung ergeben, auch die Auswirkungen der Verschiebungen in der Altersstruktur, der Diversifizierung der Bevölkerung durch Migration und der Veränderung sowie Pluralisierung der Lebensstile zu berücksichtigen. Da sich diese Trends in der Region nicht überall in gleichem Maße zeigen und beispielsweise zwischen städtischen und eher ländlichen Räumen unterschiedlich ausgeprägt sind, kann dies zu teilräumlich differenzierten Handlungserfordernissen führen. Hier gilt es, die räumlichen Entwicklungen genau zu beobachten und jeweils angepasste Lösungen zu entwickeln.

Der demografische Wandel zeigt diverse Auswirkungen auf die räumliche Entwicklung der MRN. So wirken sich u.a. die Veränderungen in der Alters- und Haushaltsstruktur auf die Siedlungsstruktur aus. Eine damit einhergehende Verringerung der Siedlungsdichte hat Auswirkungen auf die Erreichbarkeit von Daseinsvorsorge-, Infrastruktur- und Erholungseinrichtungen sowie den Zugang zu nachhaltigen Verkehrssystemen. Veränderte Wohnbedürfnisse erfordern Anpassungen des Wohnungsbestands. Durch das Ausscheiden einer großen Anzahl von Menschen aus dem Erwerbsleben und durch den wirtschaftlichen Strukturwandel werden Arbeitskräfte aus dem Ausland dringend benötigt, die wiederum weitere Wohnungsbedarfe mit sich bringen. Die Mobilität muss für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen gesichert werden. Und nicht zuletzt gilt es, die Auswirkungen des Klimawandels auf eine durch Alterung zunehmend vulnerable Bevölkerung abzumildern, um nur einige der Folgen und Anforderungen des demografischen Wandels an die räumliche Entwicklung der Metropolregion Rhein-Neckar zu nennen. Dabei bestehen zahlreiche Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Handlungsfeldern.

Die Regionalplanung verfolgt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels u.a. die folgenden Zielsetzungen, die sich sowohl in den Festlegungen des seit 2014 rechtsverbindlichen Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar als auch in den zahlreichen darauf aufbauenden Projekten der Regionalentwicklung widerspiegeln und beständig weiterentwickelt werden. All diese Ansätze dienen neben einer zukunftsorientierten Herangehensweise an die Herausforderungen des demografischen Wandels gleichermaßen auch einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung der Region:

- **In allen Teilräumen der MRN soll eine bedarfsgerechte und nachhaltige Versorgung mit Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen sichergestellt werden.** So gilt es neben dem in Teilräumen vorhandenen quantitativen Wohnraumangel gezielt auch qualitative Aspekte der Wohnraumversorgung einzelner Bevölkerungsgruppen in den Blick zu nehmen. Die Bedarfe von z.B. Familien, Alleinerziehenden, Fachkräften mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung und betagten Menschen sollen dabei besondere Berücksichtigung finden. Maßnahmen zur Bereitstellung von Wohnraum sollen dabei die Möglichkeiten im Bestand und den Bedarf an Neubaumaßnahmen integriert betrachten. So kann bspw. in Bereichen, in denen durch Veränderung der Haushaltsstruktur und Alterung eine Überversorgung mit Wohnraum entsteht, eine Schaffung von bedarfsgerechten, attraktiven Angeboten für Personengruppen mit weniger Platzbedarf (wie z.B. Senioren oder Alleinstehenden) dazu beitragen, Bestandswohnraum für größere Haushalte zugänglich zu machen.
- **In der Region sollen attraktive und lebendige Ortskerne erhalten werden, die gute erreichbare Orte der Kommunikation, Teilhabe und Versorgung für Menschen aller Bevölkerungsgruppen darstellen.** Dies kann vor allem dann gelingen, wenn sich die Siedlungsentwicklung besonders der Erhaltung und Inwertsetzung des Siedlungsbestands widmet und eine weitere Ausdehnung des Siedlungskörpers so weit wie möglich vermeidet. Die Regionalplanung sieht daher vor, dass die Kommunen Flächenpotenziale im Siedlungsbestand wie z. B. Leerstände, Baulücken, Brach- und Konversionsflächen vorrangig vor anderen Flächenpotenzialen z.B. an den Ortsrändern nutzen (Innen- vor Außenentwicklung). Um dabei für die Bevölkerung sowohl eine ausreichende Versorgung mit Grün- und Erholungsräumen zu sichern, klimatische Ausgleichsräume freizuhalten und eine gute innerörtliche sowie nachhaltige Mobilität zu gewährleisten, sollen dabei die bauliche Entwicklung, die Entwicklung der innerörtlichen Grünstrukturen sowie die verkehrliche Infrastruktur konzeptionell zusammengeführt werden (Konzept der dreifachen Innenentwicklung).
- Um künftig ausreichend Wohnraum bereitstellen zu können, sollen bei Neubauvorhaben künftig kompakte Baustrukturen realisiert werden, die **Wohnraum für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen schaffen sowie lebendige, sozial inklusive, verantwortungsbewusste und vielseitige Nachbarschaften ermöglichen.** Gleichzeitig ermöglichen solche Baustrukturen **kurze Wege für Alltagserledigungen**, die die Menschen aktiv zu Fuß oder mit dem Rad zurücklegen können. Eine Erweiterung des Siedlungskörpers über die bestehenden Ortslagen hinaus soll daher nur dort erfolgen, wo dies nach Ausschöpfung der Flächenpotenziale im Bestand zur Befriedigung des Wohnraumbedarfs notwendig ist.
- **Menschen aller Bevölkerungsgruppen und jeden Alters sollen einen niedrighschweligen Zugang zu nachhaltigen Verkehrssystemen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge haben.** Um dies zu ermöglichen, soll sich die Region durch räumliche Konzentration,

Zuordnung und Mischung der Wohn-, Arbeits-, Versorgungs- sowie Freizeit- und Erholungseinrichtungen im Sinne einer „Region der kurzen Wege“ entwickeln. Dazu sollen u.a. neue Siedlungsentwicklungen unmittelbar an bestehende Siedlungskörper anknüpfen und durch den ÖPNV erschlossen werden.

- **Zur Förderung einer aktiven, gesundheitsfördernden und klimafreundlichen Mobilität der Bevölkerung** soll das regionale Radwegenetz dahingehend optimiert werden, dass auch Pendler:innen die Möglichkeit haben, tägliche Strecken bequem und sicher mit dem Fahrrad zurückzulegen. Dabei soll auch der zunehmenden Verbreitung von Pedelecs und E-Bikes Rechnung getragen werden, da dieser Einfluss auf die Entfernung und die Geschwindigkeiten haben, mit denen Wege per Rad bequem zurückgelegt werden können.
- Vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen soll **die Erreichbarkeit von Bildungs-, Sozial-, Gesundheits-, Freizeit- und Infrastruktureinrichtungen für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet sowie eine hinreichende Kapazitätsauslastung der Einrichtungen gesichert** werden. Die Siedlungsentwicklung sowie die Bereitstellung entsprechender Angebote sollen daher auf Zentrale Orte konzentriert und in interkommunaler Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden gesichert werden.
- **Die verbrauchernahe Versorgung der Menschen soll in allen Teilräumen gesichert werden.** Die Vorgaben des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar zielen daher auf eine Sicherung und Stärkung dezentraler Versorgungs- und Infrastrukturen an gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbaren Standorten.
- Der Klimawandel und die damit steigenden siedlungsklimatischen/thermischen Belastungen wird sich zunehmend in der Region auswirken. **Zum Schutz einer Bevölkerung, in der der Anteil vulnerabler Menschen durch Alterung weiter zunimmt,** sollen klimatische Ausgleichsräume vor einer weiteren Überbauung gesichert sowie Wasserangebote und kühlere klimatische Inseln zum Schutz vor Hitze geschaffen werden. Dazu kommt es darauf an, die regionale Freiraumstruktur zu erhalten und weiterzuentwickeln.
- Eine aktive Freizeitgestaltung im Freien dient der Gesunderhaltung der Bevölkerung. Um dies für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen zu ermöglichen, soll die regionale **Freiraumversorgung gesichert und Naherholungsangebote in Hinblick auf deren Erreichbarkeit und barrierefreie Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen weiterentwickelt werden.** Vernetzungsmöglichkeiten im Bereich des Fuß- und Radverkehrs sind verstärkt mit einer Qualifizierung von Freiräumen zu verbinden.
- Im Zuge des demografischen Wandels verschiebt sich das Verhältnis zwischen erwerbstätiger und nichterwerbstätiger Bevölkerung und der Fachkräftemangel kann eine weitere nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gefährden. Um die MRN und alle ihre Teilräume **auch künftig als zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort mit hochwertigem Arbeitsplatzangebot und hohem Lebensstandard zu erhalten,** sollen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit durch Bündelung, Spezialisierung und Vernetzung bedarfsgerechte Gewerbestandorte erhalten und geschaffen werden. Zur Sicherung von regional bedeutsamen, besonders geeigneten Gewerbegebieten für Unternehmen mit speziellen Standortanforderungen werden Vorranggebiete für Gewerbe und Dienstleistung sowie für Industrie und Logistik regionalplanerisch gesichert.
- **Räumliche Barrieren für die Teilhabe von Menschen am Erwerbsleben sollen reduziert bzw. vermieden werden.** Vor diesem Hintergrund sollen Gewerbegebiete an die bestehende Bebauung anknüpfen, mit nachhaltigen und öffentlichen Verkehrsmitteln gut

erreichbar sein und effizient genutzt werden. Auch hier soll der nachhaltigen Weiterentwicklung des Bebauungsbestands Vorrang vor einer weiteren Ausdehnung der Gewerbegebiete eingeräumt werden.

- Zum **Schutz der Gesundheit der erwerbstätigen Bevölkerung** sollen auch in Gewerbegebieten Maßnahmen zur Klimaanpassung realisiert werden, die ebenso zur ökologischen Verträglichkeit gewerblicher Entwicklungen beitragen.
- Das **Grundnetz zur Mobilitätsversorgung soll auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels für alle Bevölkerungsgruppen gesichert und die Rahmenbedingungen für verkehrsmittelübergreifende Mobilitätsangebote verbessert werden** (z. B. Mobilitätsstationen, Stärkung der Verkehrsknoten, Abstimmung von Maßnahmen im Mobilitätspakt Rhein-Neckar).

2.4.2. Demografierelevante Aussagen in der Regionalentwicklung

Der demografische Wandel stellt eine Herausforderung für verschiedene Bereiche der Regionalentwicklung dar. In der Metropolregion Rhein-Neckar wird angestrebt, die Region als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu erhalten und weiterzuentwickeln, wobei die räumliche Gesamtentwicklung am Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Dies bedeutet eine nachhaltige, ökologisch tragfähige, sozial gerechte und ökonomisch effiziente Entwicklung, die für Menschen aller Bevölkerungsgruppen und in jeder Lebensphase ein lebenswertes Wohn- und Arbeitsumfeld gewährleistet.

Naherholung, Tourismus und Kultur

Der demografische Wandel stellt eine Herausforderung für städtische Kultureinrichtungen und den Tourismus dar. Angebote sollten die Anforderungen älterer Menschen adressieren, um deren Bedürfnisse zu erfüllen. Die Industriekultur kann als wichtiges Ergänzungsthema für den Tourismus gesehen werden, um ein vielfältiges Angebot zu schaffen und die Attraktivität der Region zu erhöhen.

Gesundheit

Längere Wegezeiten zu Gesundheitseinrichtungen sind besonders problematisch für ältere Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Daher sollte die Erreichbarkeit dieser Einrichtungen verbessert werden, um sicherzustellen, dass alle Bevölkerungsgruppen Zugang zu notwendigen medizinischen Versorgungseinrichtungen haben. In ländlichen Gebieten muss die Gesundheitsversorgung durch innovative Ansätze wie Telemedizin oder mobile Gesundheitsdienste gestärkt werden (Siehe hierzu auch Kapitel 1.3.1).

Mobilität

Die Verfügbarkeit eines PKW ist von großer Bedeutung, besonders in ländlichen Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte. Dem öffentlichen Personennahverkehr und modernen Mobilitätsformen wie Rufbussen oder Sammeltaxis kommt eine zunehmende Bedeutung zu, da ältere Menschen seltener über einen PKW verfügen. Dies erfordert eine Anpassung der Mobilitätsangebote, um sicherzustellen, dass alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen mobil bleiben können.

Fachkräfte

Der Nachwuchsmangel und Fachkräftemangel stellen Herausforderungen dar, die durch den demografischen Wandel verschärft werden. Strategien zur Förderung des Nachwuchses und zur Anwerbung von Fachkräften sind erforderlich, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu sichern.

Digitalisierung und Teilhabe

Niedrigschwellige, wohnortnahe Angebote zur Vermittlung digitaler Kompetenzen für ältere Menschen sind notwendig, um ihre Teilhabe an der digitalen Welt zu fördern. Die digitale Infrastruktur sollte in allen Teilräumen ausgebaut werden, um gleiche Zugangschancen zu bieten und die digitale Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Social Economy

Die Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sollte neu konzipiert werden. Hier können Social Economy-Ansätze wie Genossenschaften oder soziale Unternehmen eine wichtige Rolle spielen, um die soziale Infrastruktur zu stärken. Gemeinwohlorientierte Nutzungen bei Stadtumbau und Freiraumentwicklung sollten berücksichtigt werden, um die Lebensqualität in der Region zu verbessern.

Bürgerschaftliches Engagement

Ehrenamt und Beteiligung bieten Möglichkeiten der Teilhabe und des aktiven Alterns. Diese sollten gefördert werden, um die soziale Integration zu stärken und ältere Menschen aktiv in das gesellschaftliche Leben einzubinden. Durch solche Initiativen kann die Region ein vielfältiges und lebendiges Gemeinschaftsleben erhalten und weiterentwickeln.

3. Beteiligung und Partizipation

In der Metropolregion Rhein-Neckar haben sich in den vergangenen Jahren verschiedene Beteiligungsformate etabliert. Analoge Beteiligungsformate, wie Workshops oder World Cafés sind schon lange Teil der Regionalentwicklungsarbeit. Seit 2023 unterstützt eine regionale Online-Beteiligungsplattform die Partizipationsangebote. Weiter wurde in 2023/2024 ein innovatives Partizipationsformat "Re-SPEKT" erstmalig in der Metropolregion Rhein-Neckar durchgeführt. Ziel der Maßnahmen - die Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft in die Themen der Regionalentwicklung und -planung.

Partizipationstheorien betonen die Wichtigkeit einer aktiven Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse, um die Legitimität und Qualität demokratischer Systeme zu erhöhen.⁴ Jürgen Habermas unterstreicht zudem die Bedeutung einer aktiven Bürgerschaft für eine lebendige Demokratie. In seinen Arbeiten zur deliberativen Demokratie hebt er die Wichtigkeit des öffentlichen Diskurses und der argumentativen Auseinandersetzung für legitime politische Entscheidungen hervor.⁵

Die aktuelle Debatte um die deutsche Diskussionskultur zeigt, wie wichtig es ist, sich mit der Thematik auseinander zu setzen. Einerseits wird eine zunehmende Polarisierung und Verrohung des öffentlichen Diskurses beklagt, andererseits wächst das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines respektvollen und konstruktiven Austauschs. Die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung geht einher mit der Erkenntnis, dass eine lebendige Demokratie auf eine aktive und engagierte Zivilgesellschaft angewiesen ist.

Die Metropolregion Rhein-Neckar hat sich der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und Bürgerbeteiligung verschrieben. Drei zentrale Säulen tragen dazu bei. Diese Säulen ermöglichen es den Bürgern, aktiv an der Gestaltung ihrer Region mitzuwirken.

Die etablierten Partizipationsformate der Metropolregion Rhein-Neckar sind auch im Kontext des demografischen Wandels von großer Bedeutung. Durch die Einbindung von Bürger:innen, Verwaltung und Wirtschaft können regionale Herausforderungen wie Überalterung, Abwanderung und Integration von Migrant:innen besser bewältigt werden. Diese Formate ermöglichen es, bedarfsgerechte Lösungen für altersgerechte Infrastruktur, Fachkräftesicherung und soziale Inklusion zu entwickeln. Dieses Strategiepapier verankert die Ansätze systematisch, um die regionale Resilienz gegenüber demografischen Trends zu stärken und gleichzeitig die Legitimität demokratischer Entscheidungen zu erhöhen.

3.1 Partizipation in der Metropolregion Rhein-Neckar – das Drei-Säulen-Modell

In unserer Gesellschaft gibt es, gerade in der Debatte zu Demokratiestärkung und -verständnis, viele Fragen wie wir zukünftig miteinander leben möchten. Wir wollen Fragen stellen, die uns alle betreffen und über die wir gemeinsam nachdenken können. Dabei geht es uns in der Region

⁴ Vetter, Angelika. (2008): Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen. In: Vetter, A. (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

⁵ Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rhein-Neckar um den Aufbau einer wertschätzenden Diskussionskultur. Deutlich gemacht werden soll dieser Prozess anhand von Praxisbeispielen aus der Region.

Analoge Beteiligungsformate

Die Metropolregion Rhein-Neckar setzt seit vielen Jahren auf analoge Beteiligungsformate wie z.B. World-Cafés, Zukunftswerkstätten oder Workshops für eine nachhaltige und partizipative Regionalentwicklung. Beispielhaft ist hier die Kooperation mit dem Kurzfilmfestival GIRLS GO MOVIE zu nennen. Hier erarbeiten wir gemeinsam, basierend auf einem SDG, einen intergenerationellen Dialog mit verschiedenen Stakeholdern aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Ausgangspunkt der Diskussion sind zwei Kurzfilme aus dem Repertoire des Festivals und einem Input von den jungen Filmemacherinnen.

Nachhaltig im Dialog

Die Online-Beteiligungsplattform "Nachhaltig im Dialog" macht es den regionalen Institutionen der Metropolregion Rhein-Neckar seit 2023 möglich, informelle Bürgerbeteiligungen online durchzuführen. So können Bürger:innen auf konkrete Projekte und Entwicklungen im Bereich Regionalentwicklung und Regionalplanung in der Region Rhein-Neckar Einfluss nehmen und ihre Ideen einbringen. Beispielhaft wird im nächsten Kapitel hier auf die Beteiligung im Rahmen der RDW-Strategiefortschreibung eingegangen.

Re-SPEKT

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg wurde im Jahr 2023 das Projekt "Re-SPEKT – Regional SPprechen, ErKennen, Tätig sein" durchgeführt. Es geht über herkömmliche Partizipationsmodelle hinaus. Hierbei steht nicht nur die Diskussion des Themas im Fokus, sondern auch die Entwicklung einer neuen Form des Miteinander Sprechens. Teilnehmer:innen aus verschiedenen Bereichen wie Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollten nicht nur gemeinsam über relevante Zukunftsthemen diskutieren, sondern auch über einen längeren Zeitraum zusammenarbeiten.

3.2 Der RDW-Beteiligungsprozess

Im Rahmen der Fortschreibung der Regionalstrategie Demografischer Wandel wurden die Partizipationsformate analoge Beteiligung und Online-Beteiligung ebenfalls angewendet. Hierzu erarbeiteten Stakeholder aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in einem Stakeholder-Workshop regionale offene Diskussionsfelder und diskutierten die Themencluster, gaben Inputs, Ideen und lieferten konkrete Praxisbeispiele, welche in die Fortschreibung einfließen.

In einem World Café im Oktober, welches gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und Partnern aus dem Re-SPEKT-Format entwickelt wurde, konnten ebenfalls die Bürger:innen an Thementischen zu

- o Digitalisierung
- o Nachhaltigkeit/SDGs, Klimaanpassung
- o Daseinsvorsorge/Mobilität

- o Gesundheit / Fachkräfte
- o Generationengerechtigkeit⁶

teilnehmen und ihre Ideen und Anregungen einbringen.

Im Rahmen einer Online-Beteiligung wurden die Bürgerinnen und Bürger der Region mit folgenden Fragen ebenfalls aktiv in den Prozess der Fortschreibung eingebunden.

- Welche digitalen Lösungen und Technologien sollten wir in unserer Region fördern, um das tägliche Leben zu erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken?
- Wie können wir unsere Region umweltfreundlicher gestalten und gleichzeitig auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten?
- Welche Maßnahmen sind notwendig, um eine flächendeckende Grundversorgung sicherzustellen und die Mobilität in der Region nachhaltig zu verbessern?
- Wie können wir das Gesundheitssystem stärken und gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenwirken, um die Region für alle Altersgruppen attraktiv zu halten?

Insgesamt kamen in der Online-Beteiligung so über 150 Beiträge zusammen, die im Anschluss, gemeinsam mit den Ergebnissen der beiden Workshops ausgewertet wurden.⁷

3.3 Synthese der Ergebnisse: Fünf Handlungsfelder für die Regionalstrategie Demografischer Wandel

Im Rahmen des Beteiligungsprozesses zur Fortschreibung der Regionalstrategie Demografischer Wandel in der Metropolregion Rhein-Neckar wurden fünf zentrale Handlungsfelder identifiziert. Diese fünf Handlungsfelder sind das Ergebnis eines umfassenden Beteiligungsprozesses, der sowohl regionale Expert:innen als auch Bürger:innen einbezogen hat. Sie boten dabei eine umfassende Grundlage für die Fortschreibung der Regionalstrategie Demografischer Wandel in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Die umfassende Auswertung des RDW-Beteiligungsprozesses kann unter https://rheinneckar-my.sharepoint.com/:f/g/personal/laura_hammer_rheinneckar_onmicrosoft_com/EkSYSo2zXYxIic8LLmZMw58BH9GpKaGnnMpgFw7Y9YeY8A?e=Sf7Z1m

eingesehen werden. Dieses Kapitel fasst die wesentlichen Ergebnisse der Beteiligung zusammen und formuliert Handlungsempfehlungen für die regionale Arbeit des RDW. Dabei werden Empfehlungen, die außerhalb der regionalen Zuständigkeit liegen, ausgeschlossen. Zudem werden die Handlungsempfehlungen eng mit den Zielen der RDW verknüpft.

⁶ Auf Anregung aus dem Prozess der Stakeholderbefragung wurde das Thema Generationengerechtigkeit noch mit als Thementisch für die Diskussion aufgenommen.

⁷ Stiewing, Marvin und Weber, Tobias (2025): Zusammenfassung der Beteiligungsformate zur Fortschreibung der Regionalstrategie Demografischer Wandel in der Metropolregion Rhein-Neckar. Ergebnisbericht. Online abrufbar unter: https://rheinneckar-my.sharepoint.com/:f/g/personal/laura_hammer_rheinneckar_onmicrosoft_com/EkSYSo2zXYxIic8LLmZMw58BH9GpKaGnnMpgFw7Y9YeY8A?e=Sf7Z1m

Die Synthese der Ergebnisse der Beteiligungen findet sich im nächsten Kapitel.

Handlungsfeld Digitalisierung

Die Digitalisierung, als einer der Megatrends des aktuellen Jahrhunderts, verändert zunehmend auch die räumliche Entwicklung und beeinflusst Stadt- und Regionalplanung maßgeblich. Smarte Technologien, digitale Infrastrukturen und vernetzte Daten können effizientere Verkehrs-, Energie- und Verwaltungsstrukturen ermöglichen. Smart-City-Konzepte gestalten Städte und Regionen intelligenter, nachhaltiger und lebenswerter. Ländliche Räume können von digitalen Lösungen wie Homeoffice, Telemedizin und E-Government profitieren, um Distanzen zu überbrücken.

Im Kontext des demografischen Wandels stellt die Digitalisierung einerseits eine der größten Chancen zur Sicherung der Daseinsvorsorge dar, jedoch auch andererseits eine der größten Herausforderungen im Hinblick auf Gleichwertigkeit, Teilhabe und Generationengerechtigkeit. Aufkommende Fragen durch Datenschutz, digitale Ungleichheit und die Notwendigkeit neuer regulatorischer Rahmenbedingungen stehen ebenso im Fokus.

Die Digitalisierung kann somit große Chancen eröffnen, erfordert aber eine strategische Steuerung, um räumliche Disparitäten zu vermeiden. In den durchgeführten Beteiligungsformaten wurde das Thema durchweg sehr intensiv diskutiert. Als zentrale Cluster im Handlungsfeld „Digitalisierung“ haben sich dabei „Ausbau digitaler Infrastrukturen“, „Nutzung von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz“ sowie „Digitale Kompetenz und Teilhabe“ herausgebildet.

Handlungsoptionen für die RDW

Im Handlungsfeld des Ausbaus digitaler Infrastrukturen hat der Verband Region Rhein-Neckar nur geringe Handlungsmöglichkeiten, da der flächendeckende Ausbau von anderen übernommen wird. Die Beteiligung fokussiert sich auf die Identifikation von Handlungserfordernissen und Vermittlung. Im Cluster „Nutzung von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz“ wird der Verband als Vermittler und Vernetzer gesehen. In den Bereichen Digitale Kompetenz und Teilhabe liegen die Handlungsempfehlungen im Zuständigkeitsbereich des Verbands und betonen ebenfalls eine Rolle der Vermittlung und Vernetzung.

Direkte Zuständigkeit

- Kooperativer Auf- und Ausbau „smarter“ Plattformen als Dienstleistung für alle Kommunen der Region (z.B. Open-Data-Plattform)
- Initiierung / Mitwirkung bei digitalen Modellprojekten unter Beachtung einer regionalen Übertragbarkeit lokaler Projekte
- Kooperative Entwicklung einer regionalen Leitlinie zur Schaffung digitaler Strukturen
- Aufbau eines Netzwerks zur Etablierung einer regional einheitlichen Dateninfrastruktur als Dienstleistung für Kommunen und Unternehmen
- Sensibilisierung der Bevölkerung für digitale Technologien und Angebote

Indirekte Zuständigkeit

- Hinwirken auf die Digitalisierung der (Kommunal-) Verwaltungen, u.a. durch Vermittlung und Vernetzung
- Vermittlung zwischen und Vernetzung von Akteur:innen zur Digitalisierung von Prozessen sowie zur Verzahnung analoger und digitaler Prozesse
- Unterstützung / Bewerbung von Angeboten zur Schaffung von Verständnis von Künstlicher Intelligenz (z.B. Informationskampagnen, Veranstaltungen)
- Aufbau eines Netzwerks (kommunaler) Akteur:innen zur Definition von Standards hinsichtlich der digitalen Sicherheit
- Unterstützung / Vernetzung von Angeboten zur digitalen Bildung (z.B. Digi-Botschafter, Digitaler Führerschein)

Das Handlungsfeld Digitalisierung ist eng mit dem Ziel der RDW verbunden, die **Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen** zu stärken. Durch den Ausbau digitaler Infrastrukturen, die Nutzung von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz sowie die Förderung digitaler Kompetenz und Teilhabe können effizientere Verkehrs-, Energie- und Verwaltungsstrukturen geschaffen werden. Dies unterstützt die regionale Gesundheitsförderung und Personalpolitik, indem digitale Lösungen wie Homeoffice und Telemedizin die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen verbessern. Die RDW kann hier als Vermittler und Vernetzer agieren, um die digitale Teilhabe zu fördern und räumliche Disparitäten zu vermeiden.

Handlungsfeld: Nachhaltigkeit und Klimaanpassung

Eine nachhaltige Raumentwicklung ist als Leitvorstellung der Raumordnung gesetzlich verankert. Nachhaltigkeit in sozialer, ökologischer und ökonomischer Dimension kann dabei als Basis einer generationengerechten Entwicklung gesehen werden. Dementsprechend wurde das Thema Nachhaltigkeit auch breit und intensiv in den durchgeführten Beteiligungsformaten diskutiert.

Im Fokus stand dabei u.a., dass durch die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, ausgelöst durch den demografischen Wandel, die Gerechtigkeit für nachfolgende Generationen wieder stärker in den Vordergrund rückt. Eng mit der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit verbunden sind Fragestellungen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits heute deutlich spürbar, doch dessen langfristige Folgen werden zukünftige Generationen vor große Herausforderungen stellen. Klimaschutz und Klimaanpassung werden daher als wichtige Bestandteile einer nachhaltigen regionalen Entwicklung diskutiert.

Als zentrale Cluster im Handlungsfeld „Nachhaltigkeit und Klimaanpassung“ haben sich „Klimaangepasste Stadt- und Regionalentwicklung“, „Förderung der Kreislaufwirtschaft“ sowie „Ausbau erneuerbarer Energien“ herausgestellt.

Handlungsoptionen für die RDW

Im Handlungsfeld Nachhaltigkeit und Klimaanpassung liegt der Fokus des Verbands Region Rhein-Neckar auf Regionalplanung und Strategieerstellung. Lokale Maßnahmen werden von den Kommunen umgesetzt. Im Cluster Förderung der Kreislaufwirtschaft kann der Verband durch Vernetzung und Unterstützung beitragen, während konkrete Infrastrukturmaßnahmen und

Gesetzesänderungen andere Institutionen übernehmen. Beim Ausbau erneuerbarer Energien sind die Diskussionen begrenzt, da nationale Regelungen und kommunale Umsetzungen dominieren. Der Verband kann hier durch regionale Planung und Netzwerkarbeit unterstützen.

Direkte Zuständigkeit

- Schaffung der regionalplanerischen Voraussetzungen für eine nachhaltige, klimaangepasste Stadt- und Regionalentwicklung u.a. durch Sicherung regionaler Grünflächen, Überschwemmungsbereiche und Ökosysteme
- Nachhaltige Steuerung der regionalen Siedlungs- und Gewerbeentwicklung vor dem Hintergrund der Vermeidung von Flächenneuinanspruchnahme
- Entwicklung einer ebenenübergreifenden Strategie für Klimaschutz und Klimaanpassung
- Vernetzung der lokalen Anpassungsstrategien durch regionale Konzepte (z.B. Regionalpark Rhein-Neckar)
- Durchführung von Projekten und Kampagnen zur Sensibilisierung und Weiterbildung der Bevölkerung für eine nachhaltige Lebensweise
- Unterstützung (inhaltlich) von ehrenamtlichen Repair-Cafés
- Schaffung der regionalplanerischen Voraussetzungen für den Ausbau von erneuerbarer Energie-Infrastruktur, insbesondere Windenergie und Photovoltaik sowie die Stromspeicher und -verteilungsinfrastruktur

Indirekte Zuständigkeit

- Unterstützung / Vernetzung kommunaler Projekte zur Förderung der biologischen Vielfalt (z.B. Kommunale Begrünungskonzepte, Mikro-Landwirtschaft, Gemeinschaftsgärten)
- Unterstützung der Eigeninitiative von Bürger:innen und Vereinen durch Sensibilisierung und (finanzielle) Unterstützung
- Koordinierung eines Konzepts für den Einsatz von Fördermittelotzen
- Unterstützung von Zero-Waste-Initiativen
- Unterstützung regionaler Erzeuger:innen, Vertriebler:innen und Vermarkter:innen
- Aufbau eines regionalen Netzwerks für Kommunale Wärmeplanung bzw. Rolle des Vermittlers für interkommunale Ansätze und Konzepte
- Unterstützung von Pilot- / Modellprojekten regenerativer Energien
- Aufzeigen von Good-Practices als Ideensammlung

Das Handlungsfeld Nachhaltigkeit und Klimaanpassung trägt maßgeblich zum RDW-Ziel **Gestaltung eines generationengerechten Lebens** bei. Durch die Förderung einer nachhaltigen Raumentwicklung, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung der Kreislaufwirtschaft wird die regionale Entwicklung auf langfristige Generationengerechtigkeit ausgerichtet. Die RDW unterstützt die regionale Planung und Strategieentwicklung, um eine klimaangepasste Stadt- und Regionalentwicklung zu fördern. Dies stärkt die regionale Gesellschaft, indem sie die Bedürfnisse aller Generationen berücksichtigt und gleichwertige Lebensverhältnisse schafft.

Handlungsfeld: Bildung und Fachkräfte

Der demografische Wandel und dessen Auswirkungen werden oft eng mit der Problematik des Fachkräftemangels in Verbindung gebracht. Bereits heute ist spürbar, dass es in vielen zentralen Bereichen an Fachkräften und notwendigem Personal fehlt. Mit dem bevorstehenden Eintritt der geburtenstarken Babyboomer-Generation in den Ruhestand, wird sich diese Lücke zwischen benötigten und zur Verfügung stehenden Fachkräften weiter aufzeigen.

In den Beteiligungsformaten zur Fortschreibung der Regionalstrategie wurden diese Problematik und potenzielle Lösungsansätze intensiv diskutiert. Dabei wurde insbesondere der Zusammenhang zwischen gut ausgebildeten Fachkräften und entsprechender (Aus-) Bildungsmöglichkeiten und -infrastrukturen deutlich. Nur über entsprechende Bildungsangebote ist eine Qualifizierung auf den Bedarf angepasster Fachkräfte möglich. Es brauche eine Strategie zur langfristigen Fachkräftegewinnung und -sicherung. Zudem wurde das Thema Integration zur Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland diskutiert, was in diesem Zusammenhang im Handlungs-feld "Wohnen, Gemeinschaft und Teilhabe" vertieft wird.

Als zentrale Cluster des Handlungsfelds „Bildung und Fachkräfte“ haben sich „Aus-, Weiter- und Kompetenzbildung zur Fachkräftesicherung“ sowie „Bildung und Aufklärung“ herausgebildet.

Handlungsoptionen für die RDW

Die vorgebrachten Maßnahmen im Cluster "Aus-, Weiter- und Kompetenzbildung zur Fachkräftesicherung" zur Sicherstellung der Bildungsinfrastruktur oder dem Abbau bürokratischer Hürden liegen weitgehend außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Verbands. Dieser nimmt in diesem Cluster insbesondere die Rolle des Förderers und Unterstützers lokaler sowie privater Angebotsträger ein. Die in der Diskussion hervorgebrachten Handlungsempfehlungen im Cluster "Bildung und Aufklärung" zielen mehrheitlich auf die Schaffung von Bildungs- und Informationskampagnen für die Bevölkerung und Unternehmen ab. Hierbei kommt dem Verband eher die Rolle als Vermittler zwischen Fachstellen und Trägern von Bildungsangeboten zu, als die Rolle der Schaffung eigener Modelle.

Direkte Zuständigkeit

- Unterstützung von Plattformen zur Koordination ehrenamtlichen Engagements, Bewerben von Freiwilligendiensten oder Initiativen wie die Ehrenamtsbörse
- Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung der Bevölkerung und Unternehmen durch Unterstützung und Vernetzung von (Weiter-) Bildungsangeboten

Indirekte Zuständigkeit

- Unterstützung von Informationskampagnen zur Erhöhung der Transparenz über die jeweiligen Vor- und Nachteile einer beruflichen Ausbildung bzw. eines Studiums (z.B. Kooperation IHK)
- Unterstützung / Vernetzung von Weiterbildungsangeboten im Bereich Digitalisierung und Künstliche Intelligenz zur Umschulung von Fachkräften
- Unterstützung / Vernetzung von Maßnahmen zur Integration Geflüchteter (z.B. Sprachkurse, Wohnangebote etc.)
- Unterstützung von Kampagnen, um Bürger:innen zu umweltfreundlichem Verhalten zu motivieren

Das Handlungsfeld Bildung und Fachkräfte ist entscheidend für das Ziel, **Potentiale für nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erschließen**. Durch die Unterstützung von Aus-, Weiter- und Kompetenzbildung sowie Bildung und Aufklärung kann der Fachkräftemangel in der Region adressiert werden. Die RDW unterstützt lokale Bildungsangebote und fördert die Integration qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland. Dies stärkt die regionale Wirtschaft, indem es die Fachkräftebasis sichert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert.

Handlungsfeld: Daseinsvorsorge, Gesundheit und Mobilität

Die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Gewährleistung der Erreichbarkeit entsprechender Einrichtungen und Angebote (z. B. Nahversorgung, Bildung, Gesundheitsversorgung) gilt vor dem Hintergrund gleichwertiger Lebensverhältnisse als eine der wesentlichen Aufgaben der Raumplanung. Die Auswirkungen des demografischen Wandels stellen die hierbei beteiligten Akteur:innen dabei zunehmend vor Herausforderungen.

Während etwa die Nachfrage nach insbesondere Gesundheits- und Pflegeleistungen mit einer älter werdenden Bevölkerung steigt, verringert sich gleichzeitig das Angebot aufgrund eines zunehmenden Fachkräftemangels. Letzterer erschwert zudem auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge eine wohnortnahe Versorgung, während sich gleichzeitig die Anforderungen jüngerer Generationen an die Daseinsvorsorge verändern und eine zukunftsorientierte Gestaltung der Infrastruktur erfordert. Zudem nimmt die Mobilität gerade vor dem Hintergrund der Erreichbarkeit sowie einem selbstbestimmten Leben im Alter eine Schlüsselrolle ein. Diskutiert wurden vor diesem Hintergrund sowohl strukturelle Handlungsbedarfe als auch konkrete Handlungsoptionen und Lösungsansätze, die von einer Stärkung wesentlicher Angebote bis hin zu deren Flexibilisierung reichen. Als Cluster im Handlungsfeld "Daseinsvorsorge, Gesundheit und Mobilität" haben sich dabei "Bedarfsgerechte Grundversorgung", "Gesundheitsversorgung und Pflege: innovativ, digital, flexibel", "Gesundheitsförderung und Prävention" sowie "Förderung nachhaltiger Mobilität" herausgestellt.

Handlungsoptionen für die RDW

Im Handlungsfeld Daseinsvorsorge, Gesundheit und Mobilität gibt es verschiedene Ansätze, wie der Verband Region Rhein-Neckar beitragen kann. Bei der bedarfsgerechten Grundversorgung kann der Verband durch regionale Planung und Verbesserung der Erreichbarkeit einen Beitrag leisten, während konkrete Investitionen in Infrastrukturen und Angebote von anderen Institutionen übernommen werden müssen. Im Bereich Gesundheitsversorgung und Pflege wird der Verband als impulsgebend und vernetzend gesehen. Bei der Gesundheitsförderung und Prävention übernimmt der Verband eine steuernde und unterstützende Rolle. Schließlich gibt es im Cluster Förderung nachhaltiger Mobilität nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten für den Verband, der sich auf die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und eine impulsgebende Rolle konzentrieren kann, während der Ausbau der Infrastrukturen anderen Akteuren obliegt.

Direkte Zuständigkeit

- Bündelung der weiteren Siedlungsentwicklung an Standorten mit gesicherter Grundversorgung sowie einem funktionsfähigen ÖPNV im Sinne einer wohnortnahen Versorgung
- Sicherung der Flächen für die Landwirtschaft zur regionalen Nahrungsmittelproduktion

- Schaffung der regionalplanerischen Voraussetzungen für den Ausbau des ÖPNV zur Sicherung und Verbesserung der Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge
- Sensibilisierung der Bevölkerung für digitale Technologien und Angebote
- Auf- und Ausbau / Unterstützung regionaler Netzwerke zur Verbesserung der medizinischen und der pflegerischen Versorgung
- Schaffung der regionalplanerischen Voraussetzungen für den Ausbau des ÖPNV zur Sicherung und Verbesserung der Erreichbarkeit medizinischer Einrichtungen
- Sensibilisierung der Bevölkerung für digitale Technologien und Angebote
- Schaffung der regionalplanerischen Voraussetzungen zur Schaffung gesundheitsförderlicher Raumstrukturen (z. B. Radinfrastruktur, Klimaanpassung)
- Auf- und Ausbau von Netzwerken zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention
- Sensibilisierung für Gesundheitsförderung und Prävention bei Bevölkerung und Kommunen
- Schaffung der regionalplanerischen Voraussetzungen für den Ausbau des ÖPNV und SPNV

Indirekte Zuständigkeit

- Unterstützung innovativer und inhabergeführter Versorgungsstrukturen in Räumen mit erhöhtem Handlungsbedarf (z. B. Genossenschaftsläden)
- Vermeidung der Ansiedlung von Lebensmittelmärkten am Ortsrand
- Unterstützung des ÖPNV sowie des Radverkehrs zur Sicherung und Verbesserung der Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge
- Unterstützung digitaler Nachbarschaftsnetzwerke zur Unterstützung bei der Nahversorgung
- Beratung / Unterstützung hinsichtlich mobiler, digitaler und innovativer Angebote bei der Gesundheitsversorgung und Pflege (z. B. Arztbusse, Telemedizin)
- Unterstützung von Strategien und Maßnahmen zur Klimaanpassung
- Sensibilisierung für Gesundheitsförderung und Prävention bei Bevölkerung und Kommunen
- Unterstützung nachhaltiger Verkehrskonzepte sowie alternativer Mobilitätsangebote
- Auf- und Ausbau / Unterstützung von Sharing-Angeboten (z. B. Carsharing, Bikesharing) und Mitfahrgelegenheiten
- Ausbau regionaler Radschnellwege
- Ausbau des S-Bahn-Netzes

Das Handlungsfeld Daseinsvorsorge, Gesundheit und Mobilität ist eng mit dem RDW-Ziel verbunden, die **Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen zu stärken**. Durch die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse wird die regionale Gesundheitsversorgung gestärkt. Die RDW kann hier durch die Förderung bedarfsgerechter Grundversorgung und die Flexibilisierung von Angeboten durch Kommunikation unterstützen. Dies trägt zur Gesundheitsförderung bei und sichert eine leistungsfähige Verwaltung, indem es die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung berücksichtigt.

Handlungsfeld: Wohnen, Gemeinschaft und Teilhabe

Wohnen ist ein zentrales Grundbedürfnis und bildet zugleich den Lebensmittelpunkt eines jedes Menschen. Die Anforderungen an die Bereitstellung von Wohnraum sind jedoch vielfältig und verändern sich mit dem demografischen Wandel. Während ältere Menschen dabei häufig in zu großen, nicht altersgerechten Wohnungen oder Häusern leben, fehlt es gleichzeitig an passenden Wohnangeboten für junge Familien und andere Bevölkerungsgruppen.

Im Rahmen der Beteiligung wurden daher das Wohnen unter dem Aspekt der Bedarfsgerechtigkeit ebenso diskutiert wie eine generationengerechte Planung und Entwicklung der Kommunen sowie der Region insgesamt. Eng verknüpft mit dem Wohnen sind zudem soziale Bedürfnisse rund um die Themen Gemeinschaft, soziale Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Als zentrale Cluster im Handlungsfeld „Wohnen, Gemeinschaft und Teilhabe“ haben sich daher „Generationengerechte Stadt- und Regionalentwicklung“, „Wohnen und bedarfsgerechte Wohnformen“ sowie „Ehrenamt, Integration und soziale Teilhabe“ herausgebildet.

Handlungsoptionen für die RDW

Im Handlungsfeld Wohnen, Gemeinschaft und Teilhabe übernimmt der Verband Region Rhein-Neckar unterschiedliche Rollen. Im Cluster „Generationengerechte Stadt- und Regionalentwicklung“ kommt ihm eine steuernde und fördernde Rolle zu, wobei die konkrete Umsetzung von baulichen Maßnahmen auf kommunaler Ebene erfolgt. Im Cluster „Wohnen und bedarfsgerechte Wohnformen“ liegt der Fokus auf der Unterstützung und Vermittlung externer Angebote sowie der Sensibilisierung der Bevölkerung, während die Schaffung von Wohnangeboten außerhalb des Zuständigkeitsbereichs liegt. Schließlich beziehen sich die Handlungsempfehlungen im Cluster „Ehrenamt, Integration und soziale Teilhabe“ auf den Aufbau und die Unterstützung von Netzwerken oder Plattformen, was größtenteils im erweiterten Zuständigkeitsbereich des Verbands liegt.

Direkte Zuständigkeit

- Schaffung der regionalplanerischen Voraussetzungen für eine kompakte (Wohn-)Siedlungsentwicklung, Unterstützung der Innenentwicklung und Nachverdichtung
- Schutz überörtlicher Freiraumstrukturen im Rahmen der Regionalplanung
- Unterstützung einer regional abgestimmten Bodenpolitik
- Mobilisierung des Wohnungsmarktes (z. B. durch eine regionale Wohnungstauschbörse)
- Sensibilisierung für die Thematik „Wohnen in unterschiedlichen Lebensphasen“ (z. B. Wohnen im Alter)
- Unterstützung von Plattformen zur Koordination ehrenamtlichen Engagements, Bewerben von Freiwilligendiensten oder Initiativen wie die Ehrenamtsbörse
- Unterstützung von Bürger:innenbeteiligung und Partizipation
- Unterstützung / Vernetzung von Vereinen und Vereinsangeboten

Indirekte Zuständigkeit

- Unterstützung kompakter, gemischt genutzter, sozial gemischter, bezahlbarer, grüner und familienfreundlicher Quartiere

- Unterstützung altersgerechter Wohnformen (z. B. Mehrgenerationenwohnen)
- Unterstützung / Vernetzung alternativer Wohnkonzepte (z.B. Genossenschaften)
- Unterstützung digitaler Nachbarschaftsnetzwerke und physischer Begegnungsstätten zur Verbesserung der sozialen Teilhabe

Das Handlungsfeld Wohnen, Gemeinschaft und Teilhabe ist ebenfalls eng mit den Zielen der RDW verbunden, insbesondere mit der **Gestaltung eines generationengerechten Lebens** und der **Stärkung der Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen**. Durch die Umsetzung einer generationengerechten Stadt- und Regionalentwicklung, bedarfsgerechter Wohnformen sowie ehrenamtlicher Integration und sozialer Teilhabe wird die regionale Gesellschaft gestärkt. Die RDW übernimmt eine steuernde und fördernde Rolle, um kompakte und sozial gemischte Quartiere zu fördern und die Schaffung altersgerechter Wohnformen zu unterstützen. Dies trägt dazu bei, dass Menschen in allen Lebensphasen selbstbestimmt leben können und gleichwertige Lebensverhältnisse genießen.

4. Hintergrund und strategische Ausrichtung

Die Regionalstrategie Demografischer Wandel (RDW) in der Metropolregion Rhein-Neckar verfolgt eine Vielzahl von Zielen, die darauf abzielen, die Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv zu gestalten und die Chancen, die sich daraus ergeben, zu nutzen. Zu den zentralen Herausforderungen gehören die Alterung der Bevölkerung, der Fachkräftemangel und die Notwendigkeit einer Anpassung der Infrastruktur an die Bedürfnisse einer älteren Bevölkerung. Gleichzeitig bietet der demografische Wandel Chancen für Innovation, kulturellen Austausch und die Entwicklung neuer Dienstleistungen im Bereich Gesundheit und Pflege.

Hintergrund

Die RDW-Strategie zielt darauf ab, die wirtschaftliche Basis der Region zu stärken, indem sie die Fachkräftebasis sichert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert und Bildung sowie Digitalisierung vorantreibt. Ein weiteres Ziel ist die Stärkung der Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen durch aktive Gesundheitsförderung und moderne Personalpolitik. Zudem soll ein generationengerechtes Leben gestaltet werden, indem Mobilität, Naherholung und altersgerechte Dienstleistungen, sowie eine nachhaltige Siedlungsentwicklung gefördert werden.

Auf Grundlage dieser Strukturierung soll iterativ der Handlungsbedarf geprüft werden. Dabei will der Verband Region Rhein-Neckar akzentuiert in Feldern handeln, in denen bisher keine oder kaum andere Akteure regionalbedeutsam aktiv sind und dadurch mit einem größeren Mehrwert durch das Handeln zu rechnen ist.

Erkennbar wird, dass vor allem durch Datenvisualisierung in Form von Dashboards, die eine Fortschrittmessung darstellbar machen können, an Wichtigkeit gewinnt.

Themenbereiche

Die Themenbereiche der RDW umfassen eine Vielzahl von Handlungsfeldern, die sich auf die Herausforderungen des demografischen Wandels beziehen. Dazu gehören die Anpassung des Bildungssystems an die veränderte Altersstruktur, die Förderung des lebenslangen Lernens und die Integration von Nachhaltigkeitskonzepten in alle Bildungsbereiche. Weitere wichtige Bereiche sind die Sicherung der Fachkräftebasis, die Förderung von Innovationen und Technologieführerschaft sowie die Entwicklung altersgerechter Wohnformen und Mobilitätskonzepte.

Außendarstellung

Die Außendarstellung der RDW ist entscheidend, um die Attraktivität der Metropolregion Rhein-Neckar zu steigern und potenzielle Zuwanderer anzuziehen. Hierbei wird die Region als dynamischer Wirtschafts- und Lebensraum präsentiert, der Chancen für junge und qualifizierte Arbeitskräfte bietet. Die RDW beteiligt sich an bundesweiten und internationalen Netzwerken, um den Standort Metropolregion Rhein-Neckar zu stärken und sich als Impulsgeber für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel zu positionieren.

Für die RDW ist es insbesondere wichtig, auch bundesweit und in den drei zuständigen Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz verankert zu sein, um so für den Demografie-sensiblen und Demografie-festen Standort Metropolregion Rhein-Neckar zu

werben. Dabei konzentrieren sich RDW-Vertreter im Wesentlichen auf die Mitarbeit im Bundesverband des Demographie Netzwerkes e.V. (ddn) sowie, bei Bedarf, im Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland (IKM).

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit der RDW konzentriert sich darauf, die Qualitäten der Region öffentlichkeitswirksam darzustellen und die Beteiligung der Bevölkerung zu fördern. Dazu gehören analoge und digitale Beteiligungsformate wie World-Cafés und Online-Plattformen, die es den Bürgern ermöglichen, aktiv an der Gestaltung ihrer Region mitzuwirken.

Zusammenarbeit in Netzwerken

Seit Anfang des Jahres 2011 ist die RDW Mitglied im bundesweit agierenden Demographie Netzwerk e.V. (ddn), das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) gegründet wurde. Auf Bundesebene agiert die RDW somit auch als ddn-Regionalgruppe Rhein-Neckar.

5. Fazit

Die Regionalstrategie Demografischer Wandel (RDW) der Metropolregion Rhein-Neckar zielt darauf ab, die Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv zu gestalten und die damit verbundenen Chancen zu nutzen. Durch die Integration der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in alle Aktivitäten strebt die RDW eine nachhaltige, sozial gerechte und ökonomisch effiziente Entwicklung der Region an.

Durch den kontinuierlichen Beteiligungsprozess, der analoge und digitale Formate umfasste, wurde sichergestellt, dass alle Interessierten in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden konnten. Die daraus entstandenen fünf zentralen Handlungsfelder – Ausbau digitaler Infrastrukturen, Förderung digitaler Kompetenz und Teilhabe, klimaangepasste Stadt- und Regionalentwicklung, Energiewende und Bildung für nachhaltige Entwicklung – lieferten eine umfassende Grundlage für die Fortschreibung der Regionalstrategie.

Die Metropolregion Rhein-Neckar strebt danach, ein lebenswertes Wohn- und Arbeitsumfeld für alle Generationen zu schaffen, das durch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit geprägt ist. Die Aktivitäten des Netzwerks tragen dazu bei, Transformationsprozesse in der Region zu erleichtern und die positiven Wirkungen von Innovationen und technologischen Fortschritten auf den demografischen Wandel zu verstärken.

Durch die enge Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Partnern wird die Wirkung der Maßnahmen maximiert, und es wird sichergestellt, dass die Region als attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum erhalten und weiterentwickelt wird. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Strategie und die Anpassung an neue Herausforderungen sind entscheidend, um den Menschen in der Region generationenübergreifend optimale Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und chancengleiches Leben zu bieten.

Einordnung in die SDGs

Das Strategiepapier muss angesichts des demografischen Wandels eine Vielzahl von Zielen formulieren, die sich an den Sustainable Development Goals (SDGs) orientieren und mit messbaren Indikatoren verknüpft sind. Die Ziele der RDW werden auf SDGs angewandt. Zur Erläuterung sollen die Unterziele der SDGs dienen.

Im Gesundheitsbereich (SDG 3) steht die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Grundversorgung im Mittelpunkt. Der Ausbau der Telemedizin in ländlichen Gebieten und die Förderung präventiver Gesundheitsmaßnahmen für alle Altersgruppen sind weitere wichtige Ziele.

Im Bereich der Bildung (SDG 4) steht die Sicherstellung einer hochwertigen, wohnortnahen Schulversorgung im Vordergrund, insbesondere im ländlichen Raum. Dies kann durch flexible Bildungskonzepte und den Ausbau von Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen erreicht werden. Gleichzeitig sollte die Integration von Nachhaltigkeitskonzepten in alle Bildungsbereiche gefördert werden.

Zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung (SDG 8) sollten Unternehmen bei der Fachkräftesicherung und -qualifizierung unterstützt werden. Zudem ist die Förderung von Innovationen und Technologieführerschaft in regionalen Schlüsselbranchen sowie die

Entwicklung von Strategien zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung älterer Menschen und Frauen von Bedeutung.

Die Förderung der Digitalisierung (SDG 9) umfasst den Ausbau der digitalen Infrastruktur, insbesondere im ländlichen Raum, die Förderung digitaler Kompetenzen in allen Altersgruppen und die Unterstützung von Unternehmen bei der digitalen Transformation.

Zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts (SDG 10) sind Maßnahmen zur Förderung des Austauschs zwischen den Generationen, zur Unterstützung von Integrationsprojekten für Zuwanderer und zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in allen Altersgruppen erforderlich.

Nachhaltige Mobilität (SDG 11) sollte durch die Entwicklung altersgerechter und barrierefreier Mobilitätskonzepte, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in ländlichen Regionen und die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel gestärkt werden. Die Schaffung nachhaltiger Siedlungsstrukturen (SDG 11) ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Hier geht es um die Entwicklung innovativer Wohnkonzepte für eine alternde Gesellschaft, die Förderung der Barrierefreiheit in öffentlichen Räumen und Gebäuden, die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels wie extreme Hitze sowie die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit zur effizienten Nutzung von Infrastrukturen. Regionen müssen ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber klimabedingten Risiken stärken und gleichzeitig aktiv zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen beitragen (SDG 13). Dies kann durch die Integration von Klimaschutzmaßnahmen in regionale Entwicklungsstrategien erfolgen, etwa durch die Förderung erneuerbarer Energien, die Verbesserung der Energieeffizienz in Gebäuden und die Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte. Besonders wichtig ist die Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung für Klimaschutzthemen, um eine breite Unterstützung für notwendige Maßnahmen zu gewinnen. Angesichts des demografischen Wandels müssen diese Bemühungen altersgerecht gestaltet werden und die Bedürfnisse aller Generationen berücksichtigen. Die Verknüpfung von Klimaszutzzielen mit anderen regionalen Entwicklungszielen, wie der Schaffung von Arbeitsplätzen in grünen Technologien oder der Verbesserung der Lebensqualität durch klimafreundliche Stadtplanung, kann Synergien schaffen und die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen erhöhen. Durch die Orientierung an den Unterzielen des SDG 13 können Regionen konkrete, messbare Ziele für den Klimaschutz formulieren und in ihre Entwicklungsstrategien integrieren.

Schließlich sollte die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen (SDG 15) durch die Entwicklung von Konzepten zur nachhaltigen Landnutzung in schrumpfenden Regionen, die Förderung der Biodiversität in urbanen und ländlichen Räumen sowie den Ausbau erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung regionaler Potenziale vorangetrieben werden.

6. Beispiele aus der Praxis

Das folgende Kapitel fasst unter den für die RDW identifizierten Zielen ausgewählte Praxisbeispiele zusammen. Die Praxisbeispiele setzen sich dabei zusammen aus Projekten und Initiativen der Institutionen der Metropolregion Rhein-Neckar, Veranstaltungsformaten und Best-Practice-Beispiele aus der Metropolregion Rhein-Neckar. Die Liste steht dabei beispielhaft für zahlreiche weitere Praxisbeispiele aus und von der Metropolregion Rhein-Neckar.

Ziel 1: Potentiale für nachhaltiges Wirtschaften erschließen

Wir stärken die wirtschaftliche Basis der Region durch die Sicherung der Fachkräftebasis, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Förderung von Bildung und Digitalisierung.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Fachkräfteallianz Rhein-Neckar:** Die „Fachkräfteallianz Rhein-Neckar“ ist ein Bündnis für den regionalen Arbeitsmarkt. Ziel ist es, kleine und mittelständische Unternehmen im Wettbewerb um die besten Köpfe und Talente zu unterstützen. Die „Fachkräfteallianz Rhein-Neckar“ hat ihren Schwerpunkt auf die folgenden Ziele gelegt: Berufliche Ausbildung verstärken, Beschäftigung von Frauen steigern, Personen mit Migrationshintergrund stärker in den Arbeitsmarkt integrieren, Vollzeitbeschäftigungsniveau erhöhen, Beschäftigtenzahl im Mangelberuf Ingenieurwesen steigern und gezielte Zuwanderung. Auch im Bereich der Social Economy gibt es hier schon erfolgreiche Beispiele aus der Region.
- **Zukunft der Pflegeberufe:** Angesichts der demografischen Entwicklung wird es zunehmend wichtiger, Menschen für Pflegeberufe zu gewinnen. Auch in der Metropolregion Rhein-Neckar ist der Fachkräftemangel in der Pflege bereits Alltag. Pflegekräfte für ambulante und stationäre Pflegedienste mittel- und kurzfristig für die Region zu gewinnen, lautet die Zielsetzung des Arbeitskreises „Zukunft Pflegeberufe in der Metropolregion Rhein-Neckar“. Zudem findet jährlich die Fachtagung Zukunft Pflege statt, in der aktuelle Themen und der Austausch erfolgreich umgesetzt werden.
- **Bildung / BNE:** Notwendigkeit der Anpassung des Bildungsangebots an die sich verändernde Altersstruktur durch Ausbau von Weiterbildungsmöglichkeiten und Förderung des lebenslangen Lernens für alle Altersgruppen. Darunter fällt auch die Sicherstellung einer wohnortnahen und hochwertigen Schulversorgung im ländlichen Raum durch flexible Bildungskonzepte wie Verbundschulen oder digitale Lernangebote. Des Weiteren ist im Kontext von SDG 4 auch die Integration von Nachhaltigkeitskonzepten in alle Bildungsbereiche, mit besonderem Fokus auf Umweltbewusstsein, interkulturelle Kompetenz und soziale Verantwortung angestrebt. Die Etablierung enger Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen, Wirtschaft und Kommunen zur Entwicklung regionaler Bildungslandschaften und -netzwerke kann diese Anpassung fördern. Zusätzliche Verbesserungen in der digitalen Infrastruktur und Kompetenzen in allen Bildungseinrichtungen, mit dem Ziel, eine flächendeckende Digitalisierung zu erreichen. In diesem Zusammenhang wurden weiter regionale BNE-

Touren: global.lokal.erleben – 17-Ziele-Touren für Nachhaltigkeit in den sieben Landkreisen der Region umgesetzt und seither mit mehreren Preisen ausgezeichnet.

- **Nachhaltigkeitskonferenz:** Der aktuelle Handlungsrahmen für Unternehmen und Kommunen ändert sich zunehmend. Durch Regulatorik von unterschiedlichen (über-) staatlichen Ebenen, flankiert durch Bankenregulatorik, besteht eine zunehmende Notwendigkeit für immer mehr Unternehmen auch in der Region Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen und Aussagen zu ökologischen und sozialen Themen zu treffen. Mit dem Aufbau eines Netzwerkes, welches sektorenübergreifend und ganzheitlich das Thema beleuchtet, soll ein Mehrwert für Unternehmen und Kommunen in der Metropolregion Rhein-Neckar geschaffen werden. Dazu wird mit Partnern wie der “Klimastiftung für Bürger”, FALK Momentum, Engagement Global u.a. zusammengearbeitet. Start war eine Konferenz im Februar 2025, die zu sehr positiver Resonanz geführt hat und konkrete Folgeangebote mit sich zieht. So geben die MRN und FALK Momentum beispielsweise einen kostenlosen Leitfaden zur Doppelten Wesentlichkeitsanalyse für Unternehmen in der Metropolregion heraus und arbeiten an einem Dashboard mit konkreten Datenpunkten für die Unternehmen in der Region.

Ziel 2: Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen stärken

Wir fördern eine aktive Gesundheitsförderung und eine moderne Personalpolitik, um die Leistungsfähigkeit der Menschen und Organisationen zu erhöhen.

Ausgewählte Beispiele

- **Netzwerk Betriebliches Gesundheitsmanagement:** Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Mangels an qualifizierten Fachkräften wird es für Unternehmen und Organisationen immer wichtiger, optimale Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten zu schaffen und sie bei einer gesunden Lebensweise zu unterstützen. Um den Austausch und die Zusammenarbeit dem/den Arbeitgeber:innen in der MRN mit Blick auf diese Herausforderung zu fördern, wurde im Jahr 2013 das Netzwerk „Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) Rhein-Neckar“ gegründet. Regelmäßige Netzwerktreffen sollen durch Impulse aus Wissenschaft und Praxis sowie einen Erfahrungsaustausch untereinander vor allem kleinen und mittleren Unternehmen den Einstieg ins BGM erleichtern. Darüber hinaus ermöglichen sie, Kontakte zu anderen Arbeitgeber:innen oder Expert:innen zu knüpfen. Inzwischen ist das Netzwerk auf etwa 800 Mitglieder angewachsen – darunter sind Großunternehmen ebenso wie kleine und mittlere Betriebe, Kommunalverwaltungen, Kliniken, wissenschaftliche Einrichtungen, Sozialversicherungsträger und Anbieter:innen von BGM-Dienstleistungen.
- **INQA-Coaching:** Kostenloses Erstberatungsangebot für kleine und mittlere Unternehmen, die den Herausforderungen der digitalen Transformation begegnen möchten. INQA-Coaching unterstützt Unternehmen dabei, passgenaue Lösungen für die personalpolitischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungsbedarfe im Zusammenhang mit der digitalen Transformation zu finden. So hilft INQA-Coaching Unternehmen, sich zukunftsfähig aufzustellen und eigenständig auf Veränderungsprozesse reagieren zu können. Die Ausstellung eines Beratungschecks kann zu einer Fachberatung führen, die wiederum mit 80 % förderfähig ist. In der MRN gibt es eine INQA-Beratungsstelle, die bei der Hochschule Ludwigshafen angesiedelt ist.

- **RettingsNetz 5G:** Konkret geht es um die 5G-Anbindung des Rettungswagens an die Klinik und damit einer Aufwertung der Diagnostik bereits am Unfallort und im Rettungswagen mit ärztlicher Unterstützung durch die Klinik. Dabei kommen auch neueste Medizingeräte bis hin zu einem mobilen CT zum Einsatz. Die Rettungskräfte am Unfallort werden in Echtzeit durch cloudbasierte KI-Systeme unterstützt. Ziel ist es, die Zeit bis zur optimalen Behandlung zu verkürzen und dadurch die Versorgung zu verbessern und Leben zu retten.
- **Health & Life Science Alliance:** Die Health + Life Science Alliance ist eine interinstitutionelle Forschungs- und Innovationsinitiative, die sich der fortlaufenden Verbesserung der menschlichen Gesundheit verschrieben hat. Die Alliance steht für innovative, kollaborative Forschung und die Anwendung anspruchsvoller technologischer Entwicklungen und Ideen.

Ziel 3: Generationengerechtes Leben gestalten

Wir entwickeln generationenübergreifende Angebote, um den Bedürfnissen aller Generationen gerecht zu werden. Themen wie Nachhaltigkeit, Mobilität, Naherholung und altersgerechte Dienstleistungen sind dabei zentrale Säulen.

Ausgewählte Beispiele

- **Europäisches Filmfestival der Generationen:** Das Europäische Filmfestival der Generationen ist eine jährliche Veranstaltung, die seit 2010 stattfindet und sich mit gesellschaftlich relevanten Themen wie demografischem Wandel, Alter, Nachhaltigkeit und intergenerationalem Dialog beschäftigt. Es bietet eine Plattform für Spielfilme und Dokumentationen, die diese Themen aufgreifen und zur Diskussion anregen. In der Metropolregion Rhein-Neckar werden die Filme an verschiedenen Orten wie Kinos, Seniorenzentren, Mehrgenerationenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen gezeigt. Nach den Filmvorführungen finden Diskussionsrunden statt, bei denen Fachleute, Ehrenamtliche und das Publikum ins Gespräch kommen. Ziel ist es, den Austausch zwischen den Generationen zu fördern und ein besseres Verständnis für die Herausforderungen und Chancen des Alterns zu schaffen. Das Festival umfasst ein vielfältiges Programm mit Filmen, die unterschiedliche Aspekte des Lebens im Alter beleuchten. Dazu gehören Themen wie Pflege, Liebe im Alter, Migration, Umweltbildung und vieles mehr. Einige Filme richten sich speziell an ein jüngeres Publikum, um den Dialog zwischen Jung und Alt zu stärken.
- **Regionales Entwicklungskonzept Regionalpark Rhein-Neckar:** Der Verband Region Rhein-Neckar setzt zusammen mit kommunalen und weiteren regionalen Partnern Projekte und Aktionen zur Sicherung, Weiterentwicklung und Vernetzung der Landschaften und Freiräume in der Region um. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels spielen dabei auch bedarfsgerechte Angebote für Freizeit, Sport und Erholung, wie z. B. barrierefreie Wanderwege oder freizeitorientierte Regionalparkrouten als Radwegeverbindungen eine entscheidende Rolle. Der Regionalpark Rhein-Neckar versteht sich als Plattform, um die Themen Natur, Freizeit und Erholung gemeinsam weiterzuentwickeln. Gerade vor dem Hintergrund des

Klimawandels werden Freiraumangebote sowohl im städtischen als auch ländlichen Bereichen immer wichtiger. Deshalb sind in Zukunft weitere Qualifizierungsmöglichkeiten zu nutzen, Freiräume und Freiraumverbundsysteme mit ihren Wohlfahrts- und Gesundheitsfunktionen zu sichern und weiterzuentwickeln. Hier wird es darum gehen, das Zusammenwirken von informellen Freiraumkonzepten der Regionalentwicklung mit regionalplanerischen Instrumenten im Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar stärker zu verknüpfen, um die Lebensqualität in der Region zu sichern.

- **Rhein-Neckar Fair:** Die Metropolregion Rhein-Neckar wurde am 15.03.2023 mit dem Zertifikat „Faire Region“ durch Fairtrade Deutschland e.V. ausgezeichnet und wird in 2025 re-zertifiziert. Die bundesländerübergreifende Initiative „Rhein-Neckar Fair“ mit ihrem Steuerungs- und Koordinierungskreis fördert den Fairen Handel und die Nachhaltigkeit in der Metropolregion Rhein-Neckar. Koordiniert vom Verband Region Rhein-Neckar und dem Eine-Welt-Zentrum Heidelberg vernetzt und unterstützt das Netzwerk die Fairtrade-Towns der Region und diejenigen, die es werden wollen.
- **Smart Region:** Ziel des Modellprojekts ist es die Metropolregion Rhein-Neckar fit für einen erfolgreichen Start aus der Corona-Krise zu machen und die Weichen für eine weiterhin erfolgreiche und gemeinwohlorientierte Entwicklung zu stellen. Um das umzusetzen, setzen wir auf einen integrativen und partizipativen Ansatz in der Strategie- und Umsetzungsphase des Modellprojekts. Dabei eignet sich der Tourismus besonders für diese Betrachtung, da er sich als Querschnittsbranche aus vielen Modulen und Aspekten, wie bspw. Mobilität, Besucherlenkung, Gastronomie und Hotellerie, Kultur und Events, Naherholung und Freiflächen sowie Stadt und Land zusammensetzt. Ein wichtiges Hilfsmittel ist die Digitalisierung. Hier spielen Daten aber auch die Vernetzung (digital und analog) von wichtigen Akteuren eine entscheidende Rolle. Mit Hilfe von Daten und digitalen Werkzeugen soll die Metropolregion Rhein-Neckar noch besser vernetzt werden. Und Partizipation, sowie Befragungen einfacher umgesetzt werden können. Aber auch für die Weiterentwicklung von touristischen Produkten spielen Daten eine immer wichtigere Rolle. Der Tourismus wird im Zuge des Modellprojekts als Pilot-Thema behandelt, um die gewonnen Erkenntnisse und Leitfäden sukzessive auf weitere Themen in der Metropolregion auszuweiten.
- **Innenstädte: Projekt Freiräume:** Das Projekt zielt darauf ab, Digitalisierung und Nachhaltigkeit in der Region zu fördern und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. In Eberbach, Meckesheim und Neckargemünd entstehen multifunktionale Räume, die auf drei Säulen basieren: Coworking (flexible Arbeitsplätze), Smarter Tourismus (digitale Kunst- und Kulturangebote) und nutzungsoffene Räume (Orte für Begegnungen und kreative Aktivitäten). Diese Räume sollen Wissensaustausch, soziale Kontakte und Innovationen fördern. Projekt Innenstadtberater: Das Förderprogramm "Innenstadtberater" der IHKen unterstützt Kommunen und Gewerbetreibende der Innenstadt: Unser Team Innenstadtberatung hilft Ihnen, Ihre Innenstadt lebendig zu gestalten.
- **Engagement:** Die Webseite www.wir-schaffen-was.de ist eine Plattform sowie digitaler Treffpunkt zugleich und möchten freiwillige Helfer:innen, Organisationen, Kommunen, Unternehmen und Schulen aus der Metropolregion Rhein-Neckar mit ausgesuchten Informationen zu Angeboten, Initiativen und Projekten das ganze Jahr über auf dem Laufenden halten, vernetzen, inspirieren und begeistern.

7. Literaturverzeichnis

Bundesministerium des Inneren: Die Demografiestrategie der Bundesregierung „Jedes Alter zählt – Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“.

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2015/demografiestrategie-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [zuletzt bgerufen am 14.03.2025]

BBSR: Pressemitteilung BBSR legt aktualisierte Bevölkerungsprognose 2045 vor.

<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/topmeldungen/bevoelkerungsprognose-2045.html> [zuletzt abgerufen am 14.03.2025].

Destatis. Thema: Geburten in Deutschland. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/inhalt.html)

[Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/ inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/inhalt.html) [zuletzt abgerufen am 14.03.2025].

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Stiewing, Marvin und Weber, Tobias (2025): Zusammenfassung der Beteiligungsformate zur Fortschreibung der Regionalstrategie Demografischer Wandel in der Metropolregion Rhein-Neckar. Ergebnisbericht. Online abrufbar unter: [Anlagen Fortschreibung Regionalstrategie Demografischer Wandel](#)

Vetter, Angelika. (2008): Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen. In: Vetter, A. (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Verband Region Rhein-Neckar
M1, 4-5
68161 Mannheim
Tel. +49 (0) 621 10708-0
info@vrrn.de
www.vrrn.de